

Schicksalsjahr 2027

Das Superwahljahr und die Zukunft der Europäischen Union: Szenarienanalysen aus Frankreich und Italien

Dr. Marius Strubenhoff, Prof. Dr. Andrea De Petris



Die Europäische Union geht 2027 in ein Superwahljahr: Mit Wahlen in Frankreich, Italien, Polen und Spanien wählen die nach Deutschland größten vier Mitgliedstaaten neue Regierungen und (im Falle Frankreichs) ein neues Staatsoberhaupt: Ein Jahr, das die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Rat nachhaltig ändern könnte

- Der Ausgang der Wahlen ist ungewiss. Mit Blick auf Frankreich und Italien ist Instabilität durch fehlende bzw. knappe parlamentarische Mehrheiten sowie politisch diverse Koalitionen wahrscheinlich, die durch große haushaltspolitische Herausforderungen verstärkt wird. Hier zeigt sich ein politisch-wirtschaftliches Muster in vielen europäischen Mitgliedstaaten.
- Die Parteiensysteme Frankreichs und Italiens teilen sich beide in populistische und gemäßigte Lager ein, unterscheiden sich jedoch signifikant in der Frage, an welchem Punkt die Trennlinie im Parteienspektrum verläuft. So entspricht in Italien ein Wahlsieg des „Socle Commun“, der konservative Kräfte einschließt, nicht deckungsgleich einem Wahlsieg des nach links offeneren „Campo Largo“.
- In Frankreich ginge von einem Sieg des Rassemblement National (RN) bei den Präsidentschaftswahlen große Unsicherheit für die EU aus. In einem solchen Fall wäre eine absolute Mehrheit bei darauffolgenden Parlamentswahlen weniger wahrscheinlich, so dass eine „cohabitation“ mit einer gemäßigeren Regierung möglich wäre.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	3
2	Wer könnte Frankreich und Italien in Zukunft regieren?	5
2.1	Frankreich.....	5
2.2	Italien.....	8
3	Die EU-Politik der möglichen Regierungen in Frankreich und Italien nach 2027	12
3.1	Frankreich.....	12
3.2	Italien.....	15
4	Ausblick: Ideologische Achsen oder Interessenskoalitionen – Wie könnte sich die EU-Politik unter den Mitgliedstaaten nach 2027 neu ausrichten?	20
4.1	Szenario A: Das Jahr der Populisten?	20
4.2	Szenario B: Das Kontinuitäts-Szenario	22
4.3	Szenario C: Rochade in Paris und Rom.....	23
4.4	Szenario D: Sieg des Socle Commun und Campo Largo	24
5	Fazit.....	28
6	Appendix 1: Wahlkreisanalyse Frankreich im Falle des Auseinanderfallens der „Nouveau Front Populaire“.....	28
7	Appendix 2: Mitte-Rechts und Mitte-Links Koalitionen in verschiedenen Konstellationen	28

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Szenarienübersicht	4
Tabelle 2:	Wahlkreisanalyse Frankreich im Falle des Auseinanderbrechens der „Nouveau Front Populaire“	28
Tabelle 3:	Umfragen zu den Ergebnissen der italienischen Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Koalitionen in verschiedenen Konstellationen	28

1 Einleitung

Die Europäische Union (EU) steht vor einem Superwahljahr. 2027 werden die nach Deutschland vier bevölkerungsreichsten Mitgliedstaaten neue Parlamente und (im Falle Frankreichs) zusätzlich ein neues Staatsoberhaupt wählen. Frankreich wird im April 2027 mit seiner Präsidentschaftswahl den Anfang machen, gefolgt von der Neuwahl der Französischen Nationalversammlung. Laut Zeitplan sollten die nächsten Parlamentswahlen in Italien fünf Jahre nach der letzten Wahl stattfinden, also im September 2027. Aktuelle politische Berichte lassen jedoch vermuten, dass die Regierungsmehrheit die Legislaturperiode vorzeitig beenden und bereits zwischen April und Mai des kommenden Jahres Neuwahlen abhalten möchte. Hinzu kommen die Wahlen in Spanien (Juli) und Polen (Oktober) sowie die Parlamentswahlen in Finnland, Estland, Griechenland und der Slowakei, während Slowenien im gleichen Jahr einen neuen Präsidenten wählen wird. Somit sind insgesamt alle Voraussetzungen gegeben, um das Jahr 2027 als echtes europäisches Superwahljahr zu betrachten.

Die Bundesrepublik wird sich damit im Laufe des kommenden Jahres in der Gesellschaft neuer Partner finden. Die Folgen für die Politik auf EU-Ebene könnten entsprechend weitreichend sein: Für Mehrheitsentscheidungen im Europäischen Rat (wie z.B. bei der Abstimmung über das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten) sind die vier genannten Länder von großer Relevanz, braucht es doch für solche Entscheidungen die Stimmen von mindestens 55 Prozent der Mitgliedstaaten, die mindestens 65 Prozent der Bevölkerung der EU repräsentieren¹. Die Bevölkerung Frankreichs, Italiens, Spaniens und Polens stellt insgesamt 47,52 Prozent der Bevölkerung der EU dar.² Diese Zahl unterstreicht, wie sehr sich die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Rat im Laufe des kommenden Jahres verschieben könnten.³ Je nachdem, wer in Italien die Wahlen gewinnen sollte, wird ab dem 1. Januar 2028 die Möglichkeit haben, über die italienische EU-Ratspräsidentschaft Einfluss auf Brüsseler Ebene zu nehmen.

Über lange Zeit stellte das deutsch-französische Tandem einen Motor der EU-Politik dar. Nach den (durchaus harmonischen) deutsch-französischen Regierungskonsultationen Ende August 2025 in Toulon geriet dieser Motor jedoch gehörig ins Stocken. Das Tauziehen rund um die Abstimmung des Rates über das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten um den Jahreswechsel 2025/2026 und die Querelen bzgl. des gemeinsam von Deutschland, Frankreich und Spanien entwickelten Future Combat Air System (FCAS) haben das Verhältnis deutlich abkühlen lassen. Die Hinwendung der Bundesregierung in Richtung der italienischen Regierung unter Giorgia Meloni und die vielbeachteten deutsch-italienischen Regierungskonsultationen im Januar 2026⁴ (die zu Berichten über eine neue „deutsch-italienische Achse“ führte)⁵ wurde in Paris sehr negativ aufgefasst und auch unter dem

¹ Europäischer Rat, Qualifizierte Mehrheit, <https://www.consilium.europa.eu/de/council-eu/how-does-the-council-vote/qualified-majority/>

² Die aktuellen Bevölkerungszahlen, die für die Berechnung der Abstimmungsmehrheiten verwendet werden, finden sich hier unter Council of the European Union: Voting Calculator; <https://www.consilium.europa.eu/en/council-eu/how-does-the-council-vote/voting-calculator/>.

³ Zum Vergleich: Frankreich, Italien, Spanien und Polen stellen zusammen 271 Abgeordnete des Europaparlamentes. Die Zusammensetzung wird sich durch die Wahlen auf Mitgliedstaaten zwar nicht verändern. Trotzdem ist zumindest indirekt mit Auswirkungen zu rechnen.

⁴ Bundesregierung, Einig und stark in einem neuen Zeitalter der Großmächte, 23.1.2026, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/merz-meloni-regierungskonsultationen-2403860>

⁵ Unione Sarda, Gipfeltreffen Meloni-Merz, Italien und Deutschland erzielen Einigung: „Die EU muss Herrin ihres eigenen Schicksals sein.“, 23.1.2026, <https://www.unionesarda.it/de/gipfeltreffen-meloni-merz-italien-und-deutschland-erzielen-einigung-die-eu-muss-herrin-ihres-eigenen-schicksals-sein-lafune4k>

Gesichtspunkt kritisiert, dass Berlin durch diese Politik eine populistische Politikerin stärke, einen moderaten Politiker jedoch gegenüber der eigenen Bevölkerung als schwach aussehen lasse.

Die EU könnte im Januar 2028 unter vollkommen neuen Vorzeichen in das neue Jahr starten. Dieses Paper skizziert auf Basis einer Analyse der französischen, italienischen und deutschen Politik verschiedene Szenarien für die weitere Entwicklung der EU-Politik der drei größten Mitgliedstaaten.⁶ Basierend auf einer Analyse der Positionen der möglichen Staats- und Regierungschefs der Länder in wichtigen Politikfeldern geht es auf eine für die Koalitionsbildung auf EU-Ebene entscheidende Frage ein: Wie wahrscheinlich ist es, dass diese Koalitionen ideologisch bzw. nach Interessenslage ausgerichtet werden?

Ein denkbare Szenario illustriert die Relevanz dieser Frage: Wird ein von Marine Le Pen oder Jordan Bardella geführtes Frankreich eine ideologische Achse mit einer wiedergewählten italienischen Premierministerin Giorgia Meloni suchen? Oder sind die Interessensgegensätze zwischen den beiden Ländern in entscheidenden Fragen zu groß, um eine solche „Achse der Patrioten“ zur Wirklichkeit werden zu lassen?

Tabelle 1: Szenarienübersicht

	Deutschland	Frankreich	Italien
Szenario A: Das Jahr der Populisten?	Große Koalition	RN-Wahlsieg	Wiederwahl Giorgia Melonis
Szenario B: Das Kontinuitätsszenario	Große Koalition	Socle Commun	Wiederwahl Giorgia Melonis
Szenario C: Rochade in Paris und Rom	Große Koalition	RN-Wahlsieg	Campo Largo
Szenario D: Sieg des Socle Commun und Campo Largo	Große Koalition	Socle Commun	Campo Largo

Diese Szenarien werden in Abschnitt 4.1-4.4 nähergehend analysiert.

⁶ Die Möglichkeit von Neuwahlen in Deutschland wird dabei für die Zwecke dieser Analyse ausgeklammert.

2 Wer könnte Frankreich und Italien in Zukunft regieren?

2.1 Frankreich

Frankreich steht im kommenden Jahr vor einer Richtungsentscheidung. Die Wahlen zum Europäischen Parlament (31,4 Prozent) Anfang Juni 2024 und die im Nachgang ausgerufenen Neuwahlen zur Nationalversammlung (33,2 Prozent/37,1 Prozent) Ende Juni bzw. Anfang Juli 2024 stellten einen bisher nicht dagewesenen Erfolg für das von der Fraktionsvorsitzenden Marine Le Pen und Parteivorsitzenden Jordan Bardella geführte Rassemblement National (RN) dar. In den landesweiten Kommunalwahlen im März 2026 konnte der RN sein Ergebnis im Vergleich zu 2020 vielerorts stark verbessern. Der erwartete Durchbruch blieb jedoch an wichtigen Orten aus, sodass die Wahl im Vergleich zu den Europa- und Parlamentswahlen nicht als Erfolg auf ganzer Linie für die rechte Partei gewertet werden kann.⁷

Die für nach April 2027 wahrscheinlichen Szenarien teilen sich in zwei Hauptkategorien auf: Ein RN-Wahlsieg bei der Präsidentschaftswahl auf der einen Seite und ein Wahlsieg des "Socle Commun" der Parteien der Mitte mit einem Präsidenten aus dem liberalen Lager (Edouard Philippe (Horizons), Gabriel Attal (Renaissance)), der Parteivorsitzenden der Republikaner (LR) Bruno Retailleau oder einem Kandidaten der Sozialistischen Partei und Place Publique (Raphael Glucksmann, Francois Hollande, Olivier Faure). Ein Wahlsieg des Anführers der Partei La France Insoumise (LFI) Jean-Luc Mélenchon ist ein nach allen Umfragen sehr unwahrscheinliches Szenario.

Das Szenario eines RN-Sieges besteht aus zwei Hauptvarianten, je nachdem, wie die Entscheidung in dem wegen Veruntreuung von EU-Geldern gegen Le Pen laufenden Gerichtsverfahren am 7. Juli 2026 ausfällt. Sollte sie schuldig gesprochen werden, wird Bardella als Präsidentschaftskandidat antreten. Aktuelle Umfragen zufolge ist dies kein Nachteil für die Partei: Die Werte beider möglicher Kandidaten weichen aktuell lediglich marginal voneinander ab.⁸

Die Chancen des RN bei der Präsidentschaftswahl stehen nicht schlecht: Umfragen deuten in der zweiten Runde auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen hin, das je nachdem, wer gegen den RN-Kandidaten antritt, um ein paar Prozentpunkte variiert (Philippe verfügt hier aktuell über die besten Werte). Zwar sind die Umfragen zuletzt um einige Prozentpunkte zurückgegangen: Dafür sind die LFI-Werte gestiegen, sodass nicht vollkommen ausgeschlossen werden kann, dass es in einer zweiten Runde zu einer Wahl zwischen Bardella bzw. Le Pen und Mélenchon kommen könnte. Diese Gegenüberstellung wäre diejenige, die der RN am leichtesten für sich entscheiden kann. Nach einem wohlmöglichen RN-Sieg wäre damit zu rechnen, dass das neue Staatsoberhaupt das Parlament auflöst: Mit den aktuellen Mehrheitsverhältnissen wird die neue Führung ihre Politik nicht durchsetzen können. Auch fordert Marine Le Pen seit der Regierungskrise des Sommers und Herbstes 2025 Neuwahlen. Eine Auflösung des Parlamentes wäre allein schon aus Sicht der Glaubwürdigkeit für den RN relevant: Offensiv argumentieren Parteivertreter, dass nur der RN stabile Mehrheitsverhältnisse erreichen und damit effektiv regieren könne.⁹

⁷ Gilles Ivaldi, 'Quel bilan pour le Rassemblement national aux élections municipales de mars 2026 ?', Sciences Po CEVIPOF, April 2026 https://www.sciencespo.fr/cevipof/sites/sciencespo.fr.cevipof/files/Municipales_GI_bilanRN_avril2026.pdf

⁸ Ifop-Fiducial, 'Les intentions de vote dans la perspective de l'élection présidentielle', Mai 2026 ; <https://www.su-dradio.fr/wp-content/uploads/2026/05/Resultats-Intention-de-Vote-Presidentielle-au-29-mai-2026.pdf>.

⁹ Corentin Lesueur, Mariama Darame, Marie Pouzadoux und Olivier Pérou, 'Après les législatives de 2027, le risque d'un pays de nouveau ingouvernable et d'une présidence impuissante', Le Monde, 29. April 2026;

Das Mehrheitswahlrecht macht es dem RN jedoch schwer, auch im Falle von Neuwahlen eine Mehrheit zu erlangen. Die 33,2 Prozent bzw. 37,1 Prozent der ersten und zweiten Runde der letzten Wahl (Juni/Juli 2024) führten nur zu 142 von insgesamt 577 Sitzen. Bei den Kommunalwahlen im März 2026 hat sich gezeigt, dass die Wähler anderer Parteien in der zweiten Runde weiterhin in hohem Maße taktisch wählen, um RN-Kandidaten zu verhindern. Die größte Veränderung dürfte sich aus dem Bestreben innerhalb der PS ergeben, nicht erneut einen Wahlpakt mit LFI einzugehen. Da auch das LFI Opfer von taktischem Wahlverhalten in der zweiten Runde ist, könnte dies die Partei eine nicht unerhebliche Anzahl von Mandaten kosten. Aber auch für die PS ist der Schritt nicht ohne Risiko. Ob die Neuausrichtung Früchte trägt, hängt davon ab, ob die Partei genügend Sympathisanten anderer Parteien von ihrem neuen Mittelkurs überzeugen kann. Der RN kann sich angesichts dieser Veränderung Hoffnung auf gute bis sehr gute Chancen machen, 7 Wahlkreise vom LFI und 12 Wahlkreise von der PS zu gewinnen. In weiteren 10 (LFI) bzw. 14 Wahlkreisen könnte der RN bei einem über die aktuellen Umfragen hinausgehenden Wahlergebnis die meisten Stimmen gewinnen.¹⁰ Diese Zahlen reichen jedoch bei weitem nicht aus, um die Distanz zwischen den 122 bestehenden Mandaten und der parlamentarischen Mehrheit von 289 zu überbrücken. Für eine Mehrheit bzw. auch für eine mehr oder weniger funktionsfähige Minderheitsregierung wäre ein überwältigendes Wahlergebnis notwendig, das aktuell nicht realistisch erscheint.

Im Falle eines RN-Sieges bei den Präsidentschaftswahlen ist daher das wahrscheinlichste Szenario das einer "cohabitation", d.h. eines Premierministers einer anderen Partei (bzw. parteilos), der für das neue Staatsoberhaupt akzeptabel ist, aber gleichzeitig anschlussfähig gegenüber der Mitte ist, um im Parlament keine negative Mehrheit zu finden. Diese Aussicht deutet eher auf eine mögliche innenpolitische Blockade hin, die insbesondere hinsichtlich der Verabschiedung eines Haushalts über Frankreich hinaus in der EU für Instabilität sorgen könnte. Zwar ist das französische Haushaltsdefizit mit Stand von März 2026 wieder auf 5,1 Prozent zurückgegangen.¹¹ Der weiterhin andauernde Konflikt zwischen den USA und dem Iran sorgen jedoch auch in Frankreich für erhebliche wirtschaftliche Probleme, die sich auch auf das Steueraufkommen auswirken sollten.

Ein RN-Präsident ohne parlamentarische Mehrheit dürfte geneigt sein, sein politisches Programm in dem Rahmen durchzusetzen, den die Kompetenzen der französischen Präsidentschaft hergeben. Dies bedeutet neben der Außenpolitik im Allgemeinen, dass mit einer offensiven französischen Politik innerhalb des Europäischen Rates zu rechnen sein dürfte. Parallel könnte es zu regelmäßigen Volksentscheiden kommen: Dieses Mittel taucht in RN-Programmen ohnehin häufiger auf und wäre eine Möglichkeit, zentrale Forderungen am Parlament vorbei durchzusetzen. Attraktiv wäre dies auch aus dem Blickwinkel politischer Tradition: War doch der Volksentscheid ein zentrales Machtwerkzeug von Präsident Charles de Gaulle. Dem RN ist daran gelegen, sich als die wahre gaullistische Kraft Frankreichs darzustellen. Für Europa würde dies jedoch weitere Instabilität bedeuten. Auch wäre Frankreich in einer Art Dauerwahlkampfmodus, der die Kapazitäten für politisches Handeln einschränken dürfte.¹²

https://www.lemonde.fr/politique/article/2026/04/29/la-presidentielle-de-2027-face-au-risque-d-un-pays-a-nouveau-ingouvernable_6684082_823448.html.

¹⁰ Eigene Auswertung, siehe Appendix 1.

¹¹ https://www.lemonde.fr/en/politics/article/2026/03/27/french-prime-minister-pushes-on-as-2025-public-deficit-beats-forecasts_6751858_5.html#:~:text=France's%20public%20finances-,French%20prime%20minister%20pushes%20on%20as%202025%20public%20deficit%20beats,2026%2C%20despite%20the%20oil%20shock.

¹² Eine mögliche Analogie wäre die innenpolitische Blockade des Vereinigten Königreichs zwischen dem Volksentscheid über das Ausscheiden aus der EU und dem Austritt am 31. Januar 2020.

Dieses Szenario ist auch für den Fall eines Wahlsieges eines „Socle Commun“-Kandidaten realistisch: Auch für sie ist der Pfad zu einer parlamentarischen Mehrheit unsicher. Der aktuell aussichtsreichste Kandidat Philippe spricht ähnlich offensiv von Volksentscheiden, z.B. über die Rentenreform oder eine in der Verfassung verankerte Schuldenbremse. Aus seiner Sicht sei es für die französische Politik wichtig aufzuhören, „Angst vor dem Volk“ zu haben.¹³ Philippe strebt nach eigener Aussage ein parlamentarisches Bündnis aus MoDem, Renaissance, Horizons und LR an und damit eine Fortführung der aktuell bestehenden liberalkonservativen Regierung. Historisch gesehen tendieren die Franzosen in unmittelbar auf Präsidentschaftswahlen folgenden Wahlen dazu, dem Sieger auch eine parlamentarische Mehrheit zu verschaffen (2022 stellt eine Ausnahme dar). Doch aufgrund der Zersplitterung der politischen Landschaft erscheint es aktuell als unwahrscheinlich, dass diese Situation sich wieder normalisiert. Ein Kandidat des „Socle Commun“ könnte sich (ähnlich wie der RN) erhoffen, einige Wahlkreise von LFI, Grünen und PS zurückzuerobern, da der Wahlpakt der drei linken Parteien aufgrund von sehr großen Meinungsverschiedenheiten in der Haushaltskrise des Herbstes 2025 aller Wahrscheinlichkeit nicht erneut zustandekommen wird. In 10 der aktuell in NFP-Hand befindlichen Wahlkreise haben die Parteien der Mitte sehr gute Chancen, diese unter den neuen Voraussetzungen zurückzugewinnen. In 24 weiteren Wahlkreisen wäre dies bei einem guten Abschneiden der Mitte bzw. schlechten Abschneidens des linken Lagers der Fall.¹⁴ Da dem von Philippe skizzierten Lager (das auch aktuell die Regierung stellt und von der PS toleriert wird) jedoch insgesamt 78 Sitze zu einer eigenen Mehrheit fehlen, scheint dieser Weg aktuell kaum realistisch: Dieser würde nur durch signifikante Stimmengewinne vom RN möglich, die sich aktuell nicht abzeichnen. Die letzte Möglichkeit hin zu einer eigenen Mehrheit ist ein Zurückgewinnen der UDR um den ehemaligen Parteivorsitzenden der Republikaner, der mittlerweile eine Wahlallianz mit dem RN eingegangen ist. Philippe wäre wohl der einzige Kandidat des „Socle Commun“, der überhaupt eine kleine Chance auf diese Option verfügt, da er mit seinem Profil am weitesten weg von dem von Ciotti harsch kritisierten Macron-Lager steht. Zweifelsohne müsste Philippe jedoch große Zugeständnisse an Ciotti machen, da dieser einen großen Preis an Glaubwürdigkeit zahlen würde. Auch müsste Ciotti ein attraktives Angebot erhalten, das die Aufkündigung des Bündnisses und Wahlpaktes mit dem RN wert ist (und welches sich im Vergleich mit 2024 für die Zukunft aus Sicht der UDR verbessert hat: die für die UDR reservierten Wahlkreise werden sich erhöhen¹⁵).

Das wahrscheinlichste Szenario nach einem Wahlsieg von Philippe ist angesichts dieser Aussichten eine Fortsetzung der Tolerierung einer liberalkonservativen Regierung durch die PS. Der Präsident würde versuchen, durch regelmäßige Volksentscheide die Abhängigkeit von parlamentarischen Mehrheiten zu reduzieren. Die PS dürfte gewillt sein, auf dieses Modell einzugehen: In den Umfragen hat sie von dem Bruch mit LFI und der offensiv betriebenen Tolerierungspolitik (die dem PS einige Siege eingebracht hat wie die Aufschiebung der Rentenreform) profitiert. Auch dies ist ein Faktor, der den Pfad zu einer eigenen Mehrheit für Philippe verengt.

Neben Philippe streben Attal, Glucksmann und Retailleau das höchste Staatsamt an. Auch dem ehemaligen Präsidenten Hollande sowie Olivier Faure wird nachgesagt, über eine erneute Kandidatur nachzudenken. Zwar sind ihre Chancen aktuell geringer als diejenigen von Philippe: Zwischen heute (Stand Juni 2026) und April 2027 kann sich jedoch noch vieles verändern. Erinnerung sei hier an den

¹³ Le Figaro, , Référendums, calendrier de la dissolution, ordonnances pour « agir vite » : le plan d'Édouard Philippe pour ses premiers jours à l'Élysée', 21.05.2026 ; <https://www.lefigaro.fr/politique/referendums-calendrier-de-la-dissolution-ordonnances-pour-agir-vite-le-plan-d-edouard-philippe-pour-ses-premiers-jours-a-l-elysee-20260520>.

¹⁴ Eigene Auswertung, siehe Appendix.

¹⁵ Le Figaro, 21.05.2026.

Vorsprung von François Fillon gegenüber Emmanuel Macron über Monate vor der Präsidentschaftswahl im April 2017, der sich dann angesichts der Berichterstattung über die Veruntreuung parlamentarischer Gelder für Zahlungen von Fillon an seine Ehefrau in Luft auflöste. Diese Verschiebungen können in Frankreich traditionell umso deutlicher ausfallen, da das Wahlverhalten nicht nur von den eigenen politischen Präferenzen abhängt, sondern erheblich von taktischen Überlegungen bzgl. von Chancen in einem zweiten Wahlgang beeinflusst wird. Eindeutiger erscheint jedoch die Tatsache, dass es Glucksmann, Attal und Retailleau noch schwerer haben dürften als Philippe, eine parlamentarische Mehrheit (bzw. sogar eine mehr oder weniger funktionierende Minderheitsregierung) zu erreichen. Sowohl Glucksmann als auch Retailleau stehen dafür zu sehr an den jeweiligen Rändern des „Socle Commun“. Attals Renaissance dürfte es wiederum schwerfallen, an die Wahlergebnisse der frühen Macron-Jahre anzuknüpfen: Zu sehr wird der junge Politiker als Repräsentant des Präsidentenlagers gesehen, deren Popularität in den letzten Jahren stark abgenommen hat.

2.2 Italien

Die politische Lage in Italien mag von außen stabil erscheinen, doch bei genauerer Betrachtung zeigen sich zahlreiche Anzeichen von Unsicherheit. Diese sind vor allem in den letzten Monaten aufgetreten – sowohl in Bezug auf die aktuelle Situation als auch hinsichtlich der politischen Zukunftsaussichten. Die Regierung Meloni gilt als eine der stabilsten in Europa. Sollte sie bis zum 3. September 2027 im Amt bleiben – was derzeit sehr wahrscheinlich ist –, könnte sie sich des Titels der am längsten amtierenden Regierung der Republik rühmen und damit sogar die Kabinette von Silvio Berlusconi an Dauer übertreffen. In letzter Zeit haben jedoch viele Ereignisse das Klima innerhalb der Regierung verschlechtert, insbesondere für einige der Parteien, die Teil der „Rechts-Mitte“-Koalition sind: Fratelli d'Italia (Fdi, Giorgia Melonis Partei), Lega (Matteo Salvinis Partei) und Forza Italia (FI, Silvio Berlusconis Partei, derzeit unter der Leitung von Antonio Tajani).

Die Regierung Meloni stützte sich in ihrem Programm auf drei Hauptreformen:

- eine Änderung der regionalen Autonomie, die es den italienischen Regionen ermöglichen sollte, frei zu entscheiden, welche Zuständigkeiten sie direkt ausüben und welche sie dem Staat überlassen wollen,
- eine Reform des Justizsystems, die die Laufbahnen von Richtern und Staatsanwälten voneinander trennen sollte,
- das „Premierato“, also eine Stärkung der Rolle des Ministerpräsidenten, der direkt vom Volk gewählt wird und nicht mehr auf der Grundlage der nach den Wahlen gebildeten parlamentarischen Mehrheiten bestimmt wird.

Die Reform der regionalen Zuständigkeiten wurde vom Verfassungsgericht in so vielen Punkten für verfassungswidrig erklärt, dass das Parlament den Großteil davon neu formulieren muss. Es ist unklar, ob dies bis zum Ende der Legislaturperiode gelingen wird. Die Justizreform wurde am 22. und 23. März 2026 durch ein Verfassungsreferendum abgelehnt, bei dem 53,24 % der Wähler gegen die Vorgaben der Regierung stimmten. Das sogenannte „Premierato“ wurde schließlich nach der Niederlage der Regierungsmehrheit beim Referendum im März aufgegeben.

Vor allem die Niederlage beim Referendum zur Justizreform markierte einen Wandel im Verhältnis zwischen der Regierung und den Wählern: Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Regional- und Kommunalwahlen seit 2022 in der Regel positiv für die Parteien der Regierungsmehrheit ausgefallen, insbesondere für Fdi, die in den politischen Umfragen nach wie vor die stärkste Partei ist. Die Probleme für die Exekutive ergeben sich vor allem aus den Wirtschaftsdaten. Das Defizit-BIP-Verhältnis für 2025 lag bei 3,1 % und überschreitet damit die vom Europäischen Stabilitätspakt geforderte Schwelle von 3 %.

Dadurch verbleibt Italien weiterhin im Vertragsverletzungsverfahren der Kommission. Dies hat die Einleitung eines öffentlichen Investitionsplans verhindert, den die italienische Wirtschaft dringend benötigt, um ihre Wettbewerbsfähigkeit wieder anzukurbeln. Die jüngste Entscheidung der Kommission, das Vertragsverletzungsverfahren auszusetzen, statt einzustellen, ändert wenig an der Situation: Die Verpflichtung, Maßnahmen im Bereich des öffentlichen Haushalts zu ergreifen, um das Verhältnis von Defizit zu BIP bis 2026 auf 3 % zu senken, bleibt bestehen. Dies ist für die Regierung Meloni ein ernstes Problem im Hinblick auf den Haushaltsplan im Herbst 2026, der der letzte vor der Wahl im Jahr 2027 ist.

Das Hauptproblem für die derzeitige Regierungsmehrheit ist jedoch nicht wirtschaftlicher, sondern politischer Natur und hat einen Vor- und Nachnamen: Roberto Vannacci. Es handelt sich um Roberto Vannacci, einen ehemaligen General der italienischen Armee. Er wurde 2023 mit dem Buch „*Il mondo al contrario*“ (Die verkehrte Welt) bekannt, in dem er ultrakonservative, identitäre Thesen vertrat. Diese wurden als homophob kritisiert¹⁶, fanden jedoch in einigen Kreisen der italienischen Rechten großen Anklang. Das Buch verschaffte Vannacci eine solche Popularität, dass der Vorsitzende der Lega, Matteo Salvini, beschloss, ihn als Unabhängigen auf die Listen der Lega für die Europawahlen 2024 zu setzen. Die Entscheidung schien zunächst ein Volltreffer zu sein: Dank der fast 560.000 Stimmen, die Vannacci erhielt, erzielte die Lega 9 % der Stimmen. Salvinis Plan, Vannaccis Anhängerschaft zu nutzen, war jedoch nur von kurzer Dauer: Nachdem Vannacci als Mitglied der rechtsextremen, populistischen Fraktion „Patrioten für Europa“ ins Europäische Parlament eingezogen war¹⁷, verließ er im Februar 2026 die Lega, um seine eigene Partei Futuro Nazionale (FN)¹⁸ zu gründen. Infolgedessen wurde er aus „Patrioten für Europa“ ausgeschlossen und schloss sich der anderen rechtsextremen Fraktion „Europa der souveränen Nationen“ an, die von der deutschen „Alternative für Deutschland“ (AfD) gegründet wurde und deren Vizepräsident Tino Chrupalla ist¹⁹.

Seit ihrer Gründung vor wenigen Monaten ist die FN zum Hauptproblem für die Regierungskoalition in Italien geworden²⁰. Aktuelle Umfragen zufolge liegt die Zustimmung für Vannaccis Partei zwar nur zwischen 4,3 und 4,8 %, ihre Stimmen scheinen jedoch vor allem von der Lega, Fdi und den Nichtwählern zu stammen²¹. Mit anderen Worten bedeutet der Auftritt Vannaccis in erster Linie einen wahrscheinlichen Stimmenverlust für die anderen rechten Parteien, deren Wähler sich einer Bewegung mit noch extremeren Thesen als denen von Meloni und Salvini zuwenden. Auf diese Weise wird die FN zu einem Faktor, der die Koalition schwächt, die die Wahlen im September 2022 gewonnen hat und sich 2027 wiederholen möchte. Vannacci scheint nämlich in der Lage zu sein, die Koalition zu „kannibalisieren“, indem er sich die charakteristischsten Themen der Rechten zu eigen macht: die Feindseligkeit gegenüber der Europäischen Union und die pauschale Kriminalisierung von Migrant*innen als Bedrohung für die öffentliche Sicherheit. Auffällig war unter anderem die Selbstverständlichkeit, mit der sich Vannacci der im Jahr 2023 vom Österreicher Martin Sellner ins Leben gerufenen „Remigrations“-

¹⁶ Ulrich Ladurner, „Ihr seid nicht normal“. Ein Ex-General führt Italiens Rechte in den Kulturkampf – und eröffnet den Parteien der Mitte neue Chancen, Die Zeit 24/2024, <https://www.zeit.de/2024/24/roberto-vannacci-italien-rechts-europa-wahl>

¹⁷ Zu derselben Gruppe gehören unter anderem die ungarischen Europaabgeordneten von Fidesz, die österreichischen der FPÖ, die belgischen von Vlaams Belang, die französischen von Rassemblement National, die spanischen von Vox, die portugiesischen von Chenga und die italienischen der Lega.

¹⁸ Michael Braun, Roberto Vannacci sind die Rechten nicht rechts genug, taz.de, 5.2.2026, <https://taz.de/Neue-rechte-Partei-in-Italien/16151478/>

¹⁹ Jan Diesteldorf, AfD gründet neue Rechtsaußen-Fraktion im EU-Parlament, 10.7.2024, <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-eu-parlament-fraktion-gruendung-lux.HqfmPxUbuM37vp92sY654y>

²⁰ An Italian General Rallies His Troops, Threatening to Outflank Meloni, Reuters, 8.6.2026, <https://www.us-news.com/news/world/articles/2026-06-08/an-italian-general-rallies-his-troops-threatening-to-outflank-meloni>

²¹ Ipsos, Sondaggi politici oggi: le ultime intenzioni di voto e clima d'opinione in Italia, 30.5.2026, <https://www.ipsos.com/it/sondaggi-politici-oggi>

Kampagne anschloss. Diese wurde anschließend von der AfD²², der FPÖ, Vox, Rassemblement National, Chega und anderen identitären und nationalistischen rechtsextremen Bewegungen übernommen. Damit wurde die Remigration auch in Italien salonfähig und es wurde dem FN ermöglicht, FdI und vor allem die Lega „rechts zu überholen“²³.

Diese Nachricht dürfte die Oppositionsparteien erfreuen. Diese haben jedoch selbst Schwierigkeiten, im Hinblick auf die Wahlen im nächsten Jahr eine solide Alternative aufzubauen. Die wichtigste Oppositionskraft des Mitte-Links-Lagers, die Demokratische Partei (Partito Democratico, PD), wird seit März 2023 von Elly Schlein geführt. Schlein, die von 2014 bis 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments war, ist die erste weibliche Parteivorsitzende der PD. Sie hat die Partei auf Positionen gebracht, die näher am Umweltschutz, der Sozialdemokratie und der Verteidigung der Geschlechteridentität liegen. Die zweitgrößte Oppositionspartei ist derzeit die Fünf-Sterne-Bewegung (Movimento 5 Stelle, M5S). Sie zeichnete sich ursprünglich durch einen „technopopulistischen“ Ansatz à la Piratenpartei aus, bewegte sich dann jedoch in Richtung egalitärer und ökologischer Positionen²⁴. 2018 gelangte sie zu großem Erfolg, als sie die Wahlen mit überraschenden 32,7 % der Stimmen gewann. Unter ihrem derzeitigen Vorsitzenden Giuseppe Conte, der von Mai 2018 bis Februar 2021 bereits in zwei Regierungen als Ministerpräsident amtierte, hat sich die M5S bei 13 % der Stimmen eingependelt. Sie zeigt sich zurückhaltend hinsichtlich der militärischen Unterstützung für die Ukraine, was Vorwürfe der Nähe zu Putins Russland geschürt hat. Zu den weiteren Oppositionsparteien gehören Azione unter dem ehemaligen PD-Mitglied Carlo Calenda, Italia Viva (IV) unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Matteo Renzi, ebenfalls ein ehemaliges PD-Mitglied, sowie +Europa, die sich alle durch zentristische, liberale und pro-europäische Positionen auszeichnen. Hinzu kommt der Bündnis Grüne-Linke (Alleanza Verdi-Sinistra, AVS), eine Partei mit ökologischer und pazifistischer Ausrichtung, die sich für die europäische Integration einsetzt.

Im Hinblick auf die Wahlen 2027 stellt sich die zentrale Frage, ob es der Mitte-Links-Koalition gelingen wird, eine breite Koalition zu bilden, die alle Parteien links von der Regierung Meloni zusammenhält. Dieses Spektrum wird von italienischen Politologen als „Campo Largo“ bezeichnet und ist angesichts der großen Unterschiede zwischen den vielen beteiligten Parteien in entscheidenden Fragen nur schwer zu vereinen. Beispielsweise gibt es unterschiedliche Positionen zur Unterstützung der Ukraine (PD, Azione, IV und +Europa befürworten dies, während M5S und AVS zurückhaltender sind), zum Steuerwesen (PD, M5S und AVS möchten die Steuern für sehr hohe Einkommen und Vermögen erhöhen, während Azione, IV und +Europa dagegen sind) und zur Energiepolitik (PD, M5S und AVS befürworten Anreize für erneuerbare Energien, während Azione und IV den Bau von Kernreaktoren der neuen Generation möchten und +Europa befürwortet eine Kombination beider Strategien). Doch das Problem des Zusammenschlusses der Parteien betrifft nicht nur die Mitte-Links-Koalition: Obwohl sie seit 2022 an der Regierung sind, mangelt es auch unter den Parteien der aktuellen Mitte-Rechts-Koalition nicht an Spaltungen. In der Außenpolitik wird die bedingungslose Unterstützung der Ukraine durch FdI und FI von Salvinis Lega keineswegs geteilt. Während in Bezug auf die EU bei FI überzeugte pro-europäische Positionen zu verzeichnen sind, ist bei Meloni eine weitgehende Annäherung an Brüssel zu beobachten. Sie versucht jedoch ständig, ein Gleichgewicht mit ihrer Verbindung zu Donald Trump herzustellen. Hinzu kommt ein immer weniger versteckter Euroskeptizismus der Lega, insbesondere in Bezug auf Haushaltszwänge und die gemeinsame Außenpolitik.

²² Gabor Halasz, Wie die AfD über den Umgang mit Sellner diskutiert, 16.1.2026, <https://www.tagesschau.de/inland/innen-politik/afd-veranstaltung-sellner-100.html>

²³ Andrea Gagliardi, Vannacci grows in the polls against the League and aims to double the number of deputies in the Chamber, *IlSole24ore*, 3.6.2026, <https://en.ilsole24ore.com/art/vannacci-grows-polls-damage-league-and-aims-to-double-chamber-deputies-AlmXJmRD>

²⁴ Nadia Urbinati, The Italian Five Stars Movement for Foreigners, 1.3.2018, <https://www.rivistailmulino.it/a/the-italian-five-star-movement-for-foreigners>

Die große Frage und zugleich das Hauptproblem für Meloni besteht darin, die möglichen Konsequenzen der Aufnahme Vannaccis in ihre Koalition zu verstehen und herauszufinden, ob dieser bereit wäre, sich ihr anzuschließen. Wie bereits erwähnt, verfolgt Vannacci eine Strategie, die sich an den Positionen der AfD orientiert. Kriminalisierung von Migranten, Anti-Europäismus und identitärer Populismus, der Minderheiten diskriminiert. Seine Beteiligung an der nächsten Regierung wäre nicht ohne Folgen, sondern würde eine (Re-)Radikalisierung der rechten Parteien mit sich bringen und damit die jüngsten Bemühungen Melonis zunichtemachen, sich als konservative Politikerin zu profilieren, die den Besitzstand der Europäischen Union achtet. Zwar könnte eine Rückkehr zu euroskeptischen Positionen Meloni einen Teil der Stimmen zurückbringen, die ihr derzeit von Vannacci abgenommen wurden. Gleichzeitig würde sie aber die Gunst der gemäßigeren Wähler der Mitte-Rechts-Parteien verlieren, die nur so lange bereit sind, ihr zu folgen, wie sie sich im Einklang mit den von den EU-freundlichen Kanzleien vorgegebenen Leitlinien zeigt.

Vannacci steht selbst bereits vor einer Weggabelung: Seine Zustimmung beruht darauf, dass er außerhalb der Dynamik einer Mitte-Rechts-Koalition steht, die den radikaleren Wählern zu „gemäßigt“ ist. Ein Beitritt zu einem „breiten Lager“ der Rechten birgt die Gefahr, dass seine kritische Haltung gegenüber der aktuellen Regierungsmehrheit verwässert wird und er einen Teil der Stimmen jener verliert, die ihn gerade wegen seiner Alternative zur aktuellen Regierung gewählt haben. In diesem Fall könnten die potenziellen fünf Prozent der Stimmen, die dem FN derzeit zugeschrieben werden, ebenso schnell verschwinden, wie sie sich in wenigen Monaten angesammelt haben.

Hinzu kommt das Wahlgesetz, mit dem die derzeitige Regierungsmehrheit im Parlament Änderungen durchsetzen will. Derzeit sieht es so aus, als würde 2027 nach einem tendenziell proportionalen System gewählt werden. Es gibt Sperrklauseln sowie einen „Regierungsbonus“ von 70 Abgeordneten und 35 Senatoren für die Koalition, die mindestens 42 % der gültigen Stimmen erreicht. Das System soll diejenigen belohnen, denen es gelingt, sich bereits vor den Wahlen zu koalieren, und Parteien benachteiligen, die allein antreten. Von dieser Strategie erhoffte sich die derzeitige Mehrheit einen Vorteil, da sie im Gegensatz zur Mitte-Links-Koalition bereits über ein gemeinsames Programm und eine gemeinsame Kandidatin für das Amt der Regierungschefin (Giorgia Meloni) verfügt. Der Einstieg der Vannacci-Partei droht jedoch, die Wahlstrategien der Mitte-Rechts-Koalition erheblich zu verkomplizieren. Derzeit liegt FN, wie bereits erwähnt, bei 4,3 bis 4,6 % und im Aufwind, wobei sie vor allem den anderen rechten Parteien Stimmen wegnimmt. Umfragen sehen die Mitte-Rechts-Koalition ohne Vannacci bei 42,4 %, gegenüber einem „Campo Largo“ aus PD, M5S, AVVS, Azione, IV und +Europa, das auf 49,2 % kommen würde. Mit diesen Zahlen würde der Regierungsbonus an die Mitte-Links-Koalition gehen. Um an der Regierung bleiben zu können, müssten Meloni und ihre Mitstreiter Vannacci daher zwangsläufig in ihre Koalition aufnehmen. Das würde sie auf insgesamt 47 % bringen, vorausgesetzt, die Liberalen von FI blieben gleichzeitig im Bündnis und einige potenzielle Mitglieder der Mitte-Links-Koalition blieben außerhalb der Koalition.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Derzeit kann niemand mit Sicherheit feststellen, in welcher Zusammensetzung und mit welchen Regierungsprogrammen die Mitte-Rechts- und die Mitte-Links-Koalition bei den Wahlen im Frühjahr 2027 antreten werden. Dies wird maßgeblich vom gewählten Wahlsystem abhängen und davon, ob und wie die beiden Koalitionen eine Einigung über die zahlreichen Themen finden können, bei denen die Parteiführer und Parteien derzeit sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite sehr gespalten zu sein scheinen.

3 Die EU-Politik der möglichen Regierungen in Frankreich und Italien nach 2027

3.1 Frankreich

In welche Richtung könnte die EU infolge des Superwahljahrs steuern? Welche Themen könnten von den neuen Regierungen der größten Mitgliedstaaten gesetzt werden? In den Prioritäten der französischen Wähler stehen wirtschaftliche Fragen aktuell an oberster Stelle. Laut einer Ipsos-Studie (Mehrfachnennung möglich) geben 49 Prozent Lebenshaltungskosten, 41 Prozent die Zukunft des Sozialversicherungssystems und 30 Prozent die Staatsverschuldung als wichtige Themen an. An vierter und fünfter Stelle stehen Kriminalität und Immigration mit 29 bzw. 26 Prozent. Aufgeschlüsselt nach politischer Orientierung ergeben sich jedoch erhebliche Unterschiede. Die Unterstützer der liberalen Parteien MoDem, Renaissance und Horizons nennen mit 44 Prozent die internationale Krisensituation als Priorität. Bei Sympathisanten des RN steht Immigration mit 55 Prozent an vorderster Stelle, noch vor der Frage der Lebenshaltungskosten (54 Prozent).²⁵

Marine Le Pen übernahm vor fünfzehn Jahren den Parteivorsitz des Front National, der Vorgängerpartei des RN. Zu dem Zeitpunkt war die EU-Politik der Partei sehr einfach zusammenzufassen: Ein Austritt aus der Eurozone war eine zentrale Forderung der Partei. Noch vor wenigen Jahren antwortete Le Pen auf die Frage, was sie im Falle ihrer Wahl als Präsidentin infolge eines verlorenen Volksentscheides über die Gemeinschaftswährung machen würde, dass sie in einem solchen Falle zurücktreten würde: Schließlich wären dann 70 Prozent ihres politischen Programmes nicht umsetzbar.²⁶ Nach der verlorenen Präsidentschaftswahl im Jahre 2017 setzte jedoch ein Umdenken in der Partei ein: Die radikalen Forderungen hätten potenzielle Wähler abgeschreckt. Seitdem hat der RN seine EU-Politik abgeschwächt. Das betrifft auch die Wirtschaftspolitik, in der Forderungen wie die Besteuerung hoher Einkommen, Kapitalerträgen und der Rente mit 60 für Alle keine Rolle mehr spielen.²⁷ Der RN profitiert seit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Bardella auch davon, dass Le Pen und er verschiedene politische Nuancen setzen können. Während Le Pen einen arbeitnehmerfreundlichen Kurs vertritt, setzt Bardella wirtschaftsliberale Töne. Zudem gibt es mit Ciotti und seiner Partei UDR einen wichtigen Verbündeten des RN (ohne den ein Pfad zu einer parlamentarischen Mehrheit in noch weitere Ferne rückt), der seine wirtschaftspolitische Inspiration vom amerikanischen Rechtslibertarismus und Personen wie des argentinischen Präsidenten Javier Milei zieht. In der Ablehnung der Brüsseler "Technokratie" sieht man sich indes mit dem RN vereint.

Während der RN seinen harten Euroskeptizismus abgelegt hat (und sich offensiv von noch extremeren Kräften wie der AfD absetzt, nicht zuletzt auch mit Verweis auf deren EU-Positionen), bleibt die Frage, in welchem Umfang diese Anpassungen taktischer Natur sind. Die Initiativen neugewählter RN-Politiker, die EU-Flagge an Rathäusern abzuhängen, zeigt, wie offen die Ablehnung der EU weiterhin

²⁵ Ipsos BVA: ‚Baromètre politique Ipsos bva-CESI École d’ingénieurs pour La Tribune Dimanche – Mai 2026‘ ; <https://www.ipsos.com/fr-fr/barometre-politique-ipsos-bva-la-tribune-dimanche>.

²⁶ Europe 1 : ‚Marine Le Pen présidente "partirait" si le "non" l'emportait lors d'un référendum sur l'euro‘, ; 27.03.2017 <https://www.europe1.fr/politique/marine-le-pen-partira-si-le-non-l'emporte-lors-du-referendum-quelle-propose-sur-leuro-3196406>

²⁷ Le Monde, ‚Comment le Rassemblement national remodèle son programme économique depuis quinze ans‘, 15.05.2026 ; https://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2026/05/15/comment-le-rassemblement-national-remodele-son-programme-economique-depuis-quinze-ans_6689438_4355770.html

innerhalb des RN ist. Eine Präsidentin Le Pen oder ein Präsident Bardella werden nicht zuletzt auch für diese Parteibasis Politik machen.

Zweifelsohne wird das Thema Migration eine große Rolle spielen, sollte der RN den Élysée-Palast im April 2027 erobern. Eine zentrale Forderung der Partei ist eine Neuverhandlung des Schengen-Abkommens auf EU-Ebene zu bewirken, sodass die Freizügigkeit nur noch EU-Bürgern zugutekommt. Der Familiennachzug soll erheblich eingeschränkt werden und Asyl lediglich in Botschaften und Konsulaten beantragt werden können.²⁸ Für Konfliktpotential auf EU-Ebene dürfte die Forderung nach einer „nationalen Präferenz“ sorgen, wonach gewisse Sozialleistungen wie z.B. die Zuweisung von Sozialwohnungen vorrangig französischen Staatsbürgern zugutekommen soll. Auch in der Energiepolitik geht der RN auf Konfliktkurs: Die Partei möchte die Preisregelungen des Strombinnenmarktes verlassen, um eine autonome Energiepolitik verfolgen zu können. Auch in Sachen Wirtschaft und Finanzen stünde die Partei für eine Politik, die an frühere französische Traditionen anknüpft, nicht zuletzt mit der Forderung, dass die Europäische Zentralbank nicht mehr einzig und allein die Preisstabilität im Auge haben sollte. In einem Punkt würde eine RN-Präsidentschaft Frankreich der deutschen EU-Politik jedoch annähern: Die Schuldenaufnahme der EU sieht die Partei sehr kritisch.

In Sachen der Außen- und Sicherheitspolitik versucht der RN gezielt, ein gewisses Level an Vagheit zu erhalten. Hinsichtlich der Ukraine findet sich ein breiter Fächer an Meinungsäußerungen und Signalen aus der Partei. Zwar spricht der RN regelmäßig von einem russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine und setzt sich so nicht zuletzt von der deutschen AfD ab. Auch für Präsident Zelensky fand Le Pen lobende Worte.²⁹ Das Abstimmungsverhalten der Partei in der Nationalversammlung und im Europaparlament ist eindeutig weniger russlandkritisch als das der gemäßigten Parteien der Mitte. Gleichzeitig enthalten die Europaabgeordneten des RN sich des Öfteren bei Abstimmungen bzgl. der Ukraine und Russlands, bei denen z.B. die AfD-Abgeordneten regelmäßig mit Nein stimmen (wie z.B. bei der Abstimmung über die Ukraine-Fazilität).³⁰ Auch stimmen die RN-Parlamentarier in einigen Fällen für russlandkritische Anträge, wie z.B. am 23. Januar 2025 bei dem Thema russischer Desinformation.³¹ Sobald es jedoch um Waffenlieferungen, Wirtschaftsliberalisierung gegenüber der Ukraine oder den EU-Beitritt des Landes geht, zeigt sich das RN jedoch sehr ablehnend.³²

Auch bei diesem Thema macht sich jedoch ein Unterschied zwischen Le Pen und Bardella bemerkbar: Letzterer spricht eine kritischere Sprache gegenüber Moskau und ist für eine ukrainefreundlichere Linie bekannt. Dies betrifft die Partei insgesamt, in der sich (ähnlich der AfD) Unterschiede zwischen einem russophilen und einem nationalistisch-souveränistischen Lager bemerkbar machen.³³ Fest steht, dass der RN Frankreichs Souveränität betonen wird. Jegliche Transfers von Zuständigkeiten in der

²⁸ Rassemblement National : ‚Bardella Premier Minister : Un Projet, Une Méthode‘ ; <https://rassemblementnational.fr/documents/202406-programme.pdf>.

²⁹ Le Monde, ‚Au Rassemblement national, la ligne « pacifiste » vis-à-vis de la Russie prend le dessus‘, 27.11.2025 ; https://www.lemonde.fr/politique/article/2025/11/27/au-rassemblement-national-la-ligne-pacifiste-vis-a-vis-de-la-russie-prend-le-dessus_6655151_823448.html.

³⁰ How They Vote, ‚Four years of Russia’s war of aggression against Ukraine and European contributions to a just peace and sustained security for Ukraine‘; <https://howtheyvote.eu/votes/185885>; <https://howtheyvote.eu/votes/164536>; <https://howtheyvote.eu/votes/153081>

³¹ <https://howtheyvote.eu/votes/171628>; <https://howtheyvote.eu/votes/140111>

³² <https://howtheyvote.eu/votes/169676>; <https://howtheyvote.eu/votes/168586>; <https://howtheyvote.eu/votes/166551>; <https://howtheyvote.eu/votes/143544>

³³ Le Monde, ‚Au Rassemblement national, la ligne « pacifiste » vis-à-vis de la Russie prend le dessus‘, 27.11.2025 ; https://www.lemonde.fr/politique/article/2025/11/27/au-rassemblement-national-la-ligne-pacifiste-vis-a-vis-de-la-russie-prend-le-dessus_6655151_823448.html.

Außen- und Sicherheitspolitik nach Brüssel werden abgelehnt. In diese Richtung gingen auch Le Pens Kommentare hinsichtlich Präsident Emmanuel Macrons Grundsatzrede zur nuklearen Abschreckung am 4. März 2026, die betont, dass die Entscheidung des Einsatzes der force de frappe in französischer Hand bleiben müsse (sich aber damit nicht von der Politik Macrons unterscheidet). Das Ziel, Frankreich aus dem gemeinsamen NATO-Oberbefehl zurückzuziehen, bleibt bestehen, während man jedoch betont, dies erst nach einem Ende des Russisch-Ukrainischen Krieges vollziehen zu wollen.³⁴ Auch bekannte sich Bardella jüngst ausdrücklich zur Verteidigung der NATO-Ostflanke.³⁵ Wie fast das gesamte politische Feld Frankreichs steht Bardella auch für eine größere Distanz gegenüber den Vereinigten Staaten. Die Skepsis gegenüber dem Iran-Krieg als auch die Äußerungen hinsichtlich Grönlands am Anfang des Jahres sind Ausdruck dieser Politik.

Zweifelsohne steht fest: Der RN hat trotz der seit 2017 entwickelten Anpassung seiner EU-Politik weiterhin die Absicht, die EU von Grund auf zu erneuern. Wer den Parteiführern zuhört, gewinnt das Bild einer EU, in der die im Europäischen Rat versammelten Regierungen der Mitgliedstaaten das wichtigste Organ sein sollen. Die Kommission und auch das Parlament sind bei der Partei schlechter gelitten. In welchem Umfang der RN seine Vorstellungen von einem anderen Europa durchsetzen könnte, wird davon abhängen, inwiefern diese in anderen Hauptstädten geteilt werden.

Eine Beurteilung der Auswirkungen eines Sieges des "Socle Commun" bei der Präsidentschaftswahl auf die französische EU-Politik ist dahingehend schwieriger, da die Ansichten des Parteienspektrums von PS bis zu LR durchaus auseinandergehen. Der wahrscheinlichste Kandidat des linken Lagers, Glucksmann, ist für seine positive Sicht auf die EU bekannt, inklusive des Wunsches nach einer tiefergehenden Union (einschließlich einer Fiskalunion). In der Migrationspolitik setzt er sich für ein stärkeres Vorgehen gegen illegale Einwanderung ein, betont jedoch gleichzeitig, dass Einwanderung in den Arbeitsmarkt wichtig sei. Eine „Flut“ an Einwanderung, von der viel gesprochen werde, könne er nicht feststellen.³⁶ Das Szenario eines Sieges Glucksmanns ist dasjenige, dass eine Nichtauflösung des Parlaments nach der Präsidentschaftswahl am wahrscheinlichsten macht: War die PS doch diejenige Partei, die von den aktuellen Mehrheitsverhältnisse in den Haushaltsverhandlungen am profitiert hat. Glucksmann steht insgesamt für eine sozialdemokratische Mitte-Links-Politik, die sich deutlich vom LFI absetzt. Sein größter Vorteil ist seine internationale Erfahrung und Vernetzung. In Georgien arbeitete er als Berater des ehemaligen Ministerpräsidenten Mikheil Sakhshvili, sein Schwiegervater ist Kulturminister im Libanon. Seit 2019 sitzt er als Abgeordneter im Europaparlament. Ähnlich wie Philippe tritt er vehement für eine stärkere EU ein. Der ehemalige Premierminister Attal ist ein Kandidat der klassischen Mitte, wie sie von Macron personifiziert wird. Diese Nähe zu Macron wird auch als sein größtes Handicap gesehen.

Die Positionierung Retailleaus in den Schlüsselfragen der französischen Politik zeigt eine deutliche konservative Kontur. Der ehemalige Innenminister (dessen Berufung in dieses Amt als Konzession an den RN gesehen wurde, der die Regierung Michel Barniers toleriert hat) setzt sich unter anderem für eine Neuverhandlung des EU-Asyl- und Migrationspakets und Veränderungen am Schengenraum ein. In die

³⁴ AP News, 'Far-right leader Bardella backpedals on taking France out of NATO strategic military command', 19.06.2024; <https://apnews.com/article/france-election-jordan-bardella-nato-37ddf1a661df6d10441d33dcad6c3bf4>.

³⁵ FAZ, 'Wir werden nationales Recht über Europarecht stellen', 12.05.2026; <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wir-werden-nationales-recht-ueber-europarecht-stellen-jordan-bardella-von-rassemblement-national-accg-200822399.html>.

³⁶ Sudouest, 'Immigration : Raphaël Glucksmann prône le « contrôle » mais réfute toute « submersion »', 29.01.2026; <https://www.sudouest.fr/elections/presidentielle/immigration-raphael-glucksmann-prone-le-controle-mais-refute-toute-submersion-27628156.php>.

gleiche Richtung stößt die Absicht, den französisch-algerischen Staatsvertrag von 1968 aufzukündigen, der die Freizügigkeit algerischer Staatsbürger beinhaltet.³⁷

Der neben den beiden RN-Kandidaten auf dem zweiten Platz stehende Philippe entstammt dem liberalen Lager um Präsident Macron. Von Mai 2017 bis Juli 2020 fungierte er als Premierminister, bis er sich mit Macron nicht zuletzt über das Thema der Covid-Politik überwarf. Innerhalb des liberalen Spektrums des Landes steht seine Partei Horizons auf dem konservativen Flügel. Dies zeigt sich nicht zuletzt auch in der Migrationspolitik: Auch Philippe spricht sich für ein Ende des Vertrages mit Algerien aus. Damit bleibt zu konstatieren: Die aus jetziger Sicht wahrscheinlichsten Szenarien deuten bei diesem innenpolitischen Thema auf eine restriktivere Politik Frankreichs in den kommenden Jahren hin.

Philippes politische Verortung scheint derweil klar: Er appelliert für ein Bündnis der Mitte und der Rechten, das verhindern kann, dass die Franzosen sich zwischen Le Pen bzw. Bardella und Mélenchon entscheiden müssen. In Sachen der EU ist er sehr ausdrücklich proeuropäisch gesinnt. Aus seiner Sicht sei keine der Herausforderungen der Gegenwart, von der Verteidigung zu Handelsfragen und der Klimapolitik, ohne ein geeintes Europa zu lösen.³⁸ Eine starke EU kommt mit aller Regelmäßigkeit in seinen Beiträgen vor, bis hin zu Äußerungen, dass Europa wie ein Fahrrad sei: Wenn man aufhört zu treten, fällt man um. Damit bringt Philippe einen Wunsch zum Ausdruck, den er mit Glucksmann und Attal teilt: Die Absicht, die EU weiterhin zu einem Pfeiler der französischen Politik zu machen.

3.2 Italien

Laut der vergleichenden Meinungsumfrage „What Worries the World“, die periodischen Veränderungen im Spektrum der Sorgen in 30 Staaten misst, waren im Mai 2026 75 % der Italiener der Meinung, dass sich die Dinge in Italien in die falsche Richtung entwickeln. Nur 25 % glaubten, dass sie in die richtige Richtung gehen. Dies bestätigt den bisherigen Trend. Was die wichtigsten Sorgen der Italiener betrifft, so zeigt die Untersuchung, dass derzeit die Preisinflation und die Bedingungen im Gesundheitswesen die größten Befürchtungen auslösen. In den Umfragen liegen beide Themen aktuell bei 34 %, was einem Anstieg von zwei bzw. drei Prozentpunkten gegenüber der vorherigen Erhebung entspricht. Es folgen Sorgen im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit (30 %, -1 Punkt), den Steuern (29 %, +1 Punkt) und der allgemeinen Wirtschaftslage, die nur von 26 % der befragten Italiener positiv bewertet wird.³⁹ Was das Thema Migration betrifft, so würden laut einer Meinungsumfrage vom Januar 2026 entgegen der allgemeinen Annahme 51 % der Italiener die Aufnahme von Migranten befürworten, sofern auch andere europäische Länder mehr Migranten aufnehmen würden. In Italien sind 19 % der Meinung, dass Einwanderung eine Chance darstellt, 44 % sehen sie als Notwendigkeit und 26 % als Bedrohung. In dieser Hinsicht ist Italien im Vergleich zu Polen, Frankreich, Deutschland und Spanien das Land mit dem niedrigsten Prozentsatz.⁴⁰

In Bezug auf Wirtschafts-, Energie- und Strategiepolitik ist die Strategie „Ein Europa, ein Markt“ eines der Themen, zu denen die neue italienische Regierung nach den Wahlen im Frühjahr 2027 rasch

³⁷ Public Senat, ‚Immigration : le ministre de l’Intérieur Bruno Retailleau « favorable à la dénonciation de l’accord franco-algérien de 1968 »‘, 28.11.2024, <https://www.publicsenat.fr/actualites/international/immigration-le-ministre-de-linterieur-bruno-retailleau-favorable-a-la-denonciation-de-laccord-franco-algerien-de-1968>.

³⁸ Les Échos, ‚Européennes 2024 : à Bruxelles, la double campagne d’Edouard Philippe‘, 8.12.2023 ; <https://www.lesechos.fr/politique-societe/politique/europeennes-2024-a-bruxelles-la-double-campagne-dedouard-philippe-2040171>.

³⁹ Sondaggi politici oggi: le ultime intenzioni di voto e clima d’opinione in Italia, Ipsos, 30.5.2026, <https://www.ipsos.com/it-it/sondaggi-politici-oggi>

⁴⁰ Simona Buscaglia, Sull’immigrazione, gli italiani sono più accoglienti di quanto possa sembrare, wired.it, 8.1.2026, <https://www.wired.it/article/immigrazione-italiani-sono-piu-accoglienti-di-quanto-sembri/>.

Stellung beziehen muss.⁴¹ Diese wurde im April 2026 von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und dem Präsidenten des Europäischen Rates, António Costa, angekündigt, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft wieder anzukurbeln. Die europäischen Spitzenpolitiker möchten die Strategie bis Ende 2027 verabschiedet sehen. Die Strategie basiert auf fünf Säulen:

1. Abbau des Verwaltungsaufwands:

Ziel ist es, die Bürokratie auf europäischer und nationaler Ebene zu verringern und die jährlichen Verwaltungskosten für Unternehmen um 15 Milliarden Euro zu senken. Zu den Maßnahmen zur Umsetzung dieses Ziels gehören die Bekämpfung des Phänomens des „Gold-Plating“, also der Hinzufügung zusätzlicher Vorschriften durch die Mitgliedstaaten über die EU-Gesetzgebung hinaus, eine stärkere Nutzung unmittelbar anwendbarer Verordnungen gegenüber Richtlinien, die Beschränkung delegierter Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte auf rein technische Inhalte sowie die Einführung von Sunset-Klauseln, also Klauseln zur automatischen Überprüfung von Gesetzen.

Insgesamt sind sich die Parteien beider möglicher Koalitionen über dieses Ziel einig. Uneinigkeit könnte hingegen hinsichtlich der Ausweitung der direkt anwendbaren europäischen Rechtsvorschriften entstehen. Diese könnte von den Parteien, die einer nationalistischen Sichtweise von Politik und Wirtschaft am stärksten verbunden sind, behindert werden. Dazu zählen auf der rechten Seite FN und Lega sowie in gewissem Maße Fdi und auf der linken Seite M5S und AVS. Sie befürchten eine Beeinträchtigung der nationalen Interessen.

2. Förderung des Binnenmarkts durch die sogenannte „28. Regelung“:

Um die Hindernisse für Unternehmen aufgrund der Rechtsfragmentierung zwischen den 27 Mitgliedstaaten zu verringern, hat die Kommission das System EU Inc. als sogenannte „28. Regelung“ vorgeschlagen. Es soll die Gründung eines europäischen Unternehmens innerhalb von 48 Stunden ermöglichen und die Unternehmen unter eine einzige, EU-weit gültige Regelung stellen. Gleichzeitig soll die Spar- und Investitionsunion mit einem integrierten, tiefen und liquiden Kapitalmarkt vervollständigt werden. Auf industrieller Ebene will die Kommission zudem die Fusionsrichtlinien überarbeiten, um die Entstehung europäischer Vorzeigeunternehmen zu fördern, die im globalen Wettbewerb bestehen können.

Die Positionen ähneln hier denen zu Punkt 1: Einige Kräfte der Rechten (FN, Lega und teilweise Fdi) sowie der Mitte-Links-Parteien (M5S, AVS und in einigen Aspekten vielleicht auch die PD) könnten Einwände erheben, falls die versprochene Integration auf Markt- und Kapitalebene das italienische Unternehmertum oder das Finanzsystem schwächen könnte. Dagegen ist eine uneingeschränkte Unterstützung dieser Maßnahmen durch die eher zentristischen Kräfte beider Lager wahrscheinlich: FI auf der rechten und Azione sowie IV auf der linken Seite.

3. Ein Energiebinnenmarkt durch Infrastruktur und Gestaltung des Energiemarktes:

Auf infrastruktureller Ebene zielt das Grids Package darauf ab, die Stromnetze und grenzüberschreitenden Verbindungen der Europäischen Union zu modernisieren, zu digitalisieren und zu integrieren,

⁴¹ Europäischer Rat, EU-Institutionen einig über Fahrplan zum Ziel „Ein Europa, ein Markt“ bis Ende 2027, 24.4.2026, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/04/24/european-institutions-agree-roadmap-to-achieve-one-europe-one-market-by-end-of-2027/>

um den ökologischen Wandel zu beschleunigen, die Energieunabhängigkeit der EU zu fördern und stabilere sowie erswinglichere Energiepreise zu gewährleisten⁴².

In diesem Punkt könnten hinsichtlich der am stärksten in Betracht gezogenen Energiequellen Probleme auftreten: Die Mitte-Links-Koalition tendiert stark zum Ausbau erneuerbarer Energien (vor allem Solar- und Windenergie), während die rechten Parteien sowie einige zentristische Bewegungen außerhalb der Pro-Meloni-Koalition (Azione und Italia Viva) eher dazu neigen, die sogenannte „Kernenergie der neuen Generation“ zu entwickeln⁴³.

4. Digitale Souveränität und Vereinfachung:

Dies sieht Folgendes vor: den Digital Networks Act, der auch die Möglichkeit von Fusionen im Telekommunikationssektor beinhaltet, das European Business Wallet, eine einheitliche digitale Identität für Unternehmen mit einem einzigen Kommunikationskanal zu allen europäischen Verwaltungen, ein Paket zur technologischen Souveränität, das einen Chips Act 2.0 und einen Cloud and AI Development Act umfasst, eine Weiterentwicklung der aktuellen „AI-Fabriken“ zu Ökosystemen von AI-Gigafabriken.

Hier könnte Widerstand weiterhin von den nationalistischsten Parteien (FN und Lega) sowie von denjenigen kommen, die befürchten, dass diese Maßnahmen die externe Kontrolle über den digitalen Raum verstärken könnten (M5S, AVS), während mit der Unterstützung des restlichen politischen Spektrums zu rechnen ist, sowohl auf der rechten Seite (Fdi, FI) als auch auf der linken Seite (PD, Azione, IV, +Europa).

5. Internationaler Handel:

Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben sich nachdrücklich für eine rasche Umsetzung der kürzlich abgeschlossenen oder in Ausarbeitung befindlichen Handelsabkommen mit Indonesien, dem Mercosur, Indien und der Schweiz sowie für die Fortsetzung der Verhandlungen mit der ASEAN, den Golfstaaten und Australien ausgesprochen.

Die Positionen der italienischen Parteien zu diesem Thema könnten nicht unterschiedlicher sein: Die PD bekennt sich als überzeugte Europäerin, befürwortet Freihandelsabkommen für italienische Exporte, fordert jedoch strenge Schutzklauseln zum Schutz der Arbeitnehmer und der Umwelt. Sie äußert sich außerdem skeptisch gegenüber Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten, sollten diese protektionistische Maßnahmen ergreifen. In diesen beiden Punkten schließt sich auch die AVS an. Fdi vertritt eine „eurorealistische“ und konföderale Sichtweise. Sie befürwortet internationale Abkommen, die die Wirtschaft und das „Made in Italy“ stärken, dabei jedoch der nationalen Souveränität und dem Schutz lokaler Produktionen besondere Aufmerksamkeit schenkt. Als überzeugter Europäer und Atlantiker unterstützt Fdi den Freihandel und internationale Abkommen, um die Internationalisierung

⁴² Ein konkretes Beispiel ist das Projekt zur Vernetzung der dänischen Insel Bornholm, Dänemarks und Deutschlands zum Ausbau der Offshore-Windenergie in der Ostsee, vgl. „Dänemark und Deutschland planen Offshore-Stromdrehkreuz auf Bornholm“, Die Zeit, 26.1.2026, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2026-01/deutschland-daenemark-nordsee-gipfel-offshore-windstrom>

⁴³ Die Kernenergie der neuen Generation umfasst fortschrittliche Technologien der Kernspaltung (Reaktoren der vierten Generation) und Kernfusion, die auf hohe Sicherheit, drastische Reduzierung des Abfallaufkommens und Flexibilität ausgelegt sind. Die Befürworter dieser Lösung streben die Wiedereinführung der Kernenergie in Italien an, und zwar mit moderneren und kleineren Reaktoren. Kürzlich hat das italienische Parlament ein Ermächtigungsgesetz zugunsten der Regierung verabschiedet, das eine neue Rechtsordnung vorsieht, um die neuen Reaktoren in das italienische Energiesystem einzuführen, vgl. Italiens Abgeordnetenversammlung billigt Gesetzentwurf zu Kernenergie, stol.it. 4.6.2026, <https://www.stol.it/artikel/politik/italiens-abgeordnetenversammlung-billigt-gesetzentwurf-zu-kernenergie>

italienischer und europäischer Unternehmen zu erleichtern und geopolitische Stabilität zu gewährleisten. In dieser Hinsicht stimmt die Partei mit +Europa überein. Die Lega und die FN vertreten deutlich souveränistische Positionen. Sie stehen großen Freihandelsabkommen (z. B. Mercosur) kritisch gegenüber, da diese als gefährlich für Landwirte und traditionelle Agrar- und Lebensmittelprodukte angesehen werden. Sie befürworten die Notwendigkeit, lokale Lieferketten zu schützen (Ernährungssouveränität), und lehnen eine übermäßige Abgabe von Souveränität an supranationale europäische Gremien im Handelsbereich ab. Die M5S steht globalen Freihandelsabkommen kritisch gegenüber, da sie diese als nachteilig für „Made in Italy“ erachtet und davon ausgeht, dass sie ausschließlich multinationalen Konzernen zugutekommen. Sie lehnt Handelsabkommen ab, die die strategische Autonomie und die sozialen Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten nicht wahren.

Was Migrationspolitik angeht, lassen sich die Positionen der italienischen Parteien hauptsächlich in eine restriktive und sicherheitsorientierte Linie der Mitte-Rechts-Mehrheit sowie einen offenen und integrativen Ansatz der Mitte-Links-Parteien unterteilen. Die gemäßigten und zentristischen Kräfte versuchen hingegen, Kontrolle und Integration in Einklang zu bringen.

Das Mitte-Rechts-Lager (Fdi, FI, Lega und FN) befürwortet eine Null-Toleranz-Politik gegenüber illegaler Einwanderung, die Unterbindung der Abreise von Migranten nach Europa, die Ausweitung von Rückführungen und die Stärkung der Grenzkontrollen. Darüber hinaus lehnen Fdi, Lega und FN jede Lockerung der Staatsbürgerschaftsregeln ab. FI hat hingegen das *Ius Italiae* (oder Varianten des *Ius Scholae*) vorgeschlagen, um Ausländern nach Abschluss einer vollständigen Schulausbildung in Italien die Staatsbürgerschaft zu gewähren⁴⁴. Die Mitte-Links-Koalition aus PD, AVS und +Europa strebt eine vollständige Überarbeitung der Migrationspolitik an. Sie fordert die Abschaffung des Bossi-Fini-Gesetzes, die Einführung eines europäischen Aufnahme- und Umverteilungssystems sowie die Verabschiedung von Gesetzen, die den Erwerb der Staatsbürgerschaft für in Italien geborene oder aufgewachsene Minderjährige erleichtern (*Ius Soli* und *Ius Scholae*). Die M5S fordert die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte und Integration sowie den Ersatz einseitiger Abkommen durch humanitäre Korridore, reguläre Einreisekanäle und Wege zur Staatsbürgerschaft, die an den Abschluss eines Bildungswegs geknüpft sind (*Ius Scholae*).

IV und Azione vertreten eine pragmatische Sichtweise: Einerseits setzen sie sich für strenge Grenzkontrollen und die Einhaltung der Regeln für die reguläre Einreise ein, andererseits für die Überarbeitung der Dekrete zu Migrationsströmen, um die Einreise qualifizierter Arbeitskräfte zu fördern, sowie für die Einführung des *Ius Scholae*, das ausländischen Minderjährigen, die in Italien zur Schule gehen, den Zugang zur Staatsbürgerschaft ermöglicht. Schließlich verfolgt +Europa eine stark pro-europäische und rechtsstaatliche Vision der Migrationspolitik. Diese basiert auf der Überwindung der Dublin-Verordnung, einer zentralisierten und supranationalen Steuerung der Migrationsströme sowie sicheren humanitären Korridoren.

Meloni zeigte sich besonders zufrieden über das Inkrafttreten des neuen Europäischen Pakts für Migration und Asyl⁴⁵, da dieser ihrer Meinung nach die Richtigkeit des Ansatzes bestätigt, die Prüfung von Asylanträgen außerhalb der EU zu verlagern. Ein entsprechendes Vorhaben hat Italien bereits ab 2024 mit dem Bau von zwei Zentren für die Inhaftierung und Rückführung von Migranten in Albanien in

⁴⁴ Franco Battel, *Ius scholae: Italien überlegt sich neue Wege bei der Einbürgerung*, 23.8.2024, <https://www.srf.ch/news/international/italienische-nationalitaet-ius-scholae-italien-ueberlegt-sich-neue-wege-bei-der-einbuengerung>

⁴⁵ Elisa Britzelmeier, *Jetzt will Italien sogar Seeblockaden gegen Migranten erlauben*, Süddeutsche Zeitung, 5.6.2026, <https://www.sueddeutsche.de/politik/italien-migration-eu-pakt-meloni-albanien-li.3492261>

Angriff genommen.⁴⁶ Tatsächlich haben die beiden Zentren noch keinen einzigen von der italienischen Marine geretteten Migranten aufgenommen, wie es das zwischen Rom und Tirana geschlossene Protokoll vorsieht. Bislang wurden lediglich Migranten aus italienischen Auffanglagern nach Albanien verlegt, um diese nicht leer stehen zu lassen⁴⁷. Die gesamte Regierungsmehrheit beabsichtigt, diesen Weg fortzusetzen und gleichzeitig weitere restriktive Maßnahmen im Bereich der Migration einzuleiten. Die derzeitige Opposition ist dagegen, da das System ihrer Meinung nach unwirksam ist und die Zentren exorbitante Kosten verursachen.

Die gemeinsame europäische Verteidigung ist ein Thema, bei dem es in beiden Koalitionen starke Meinungsverschiedenheiten gibt. Diese könnten den Zusammenhalt des Bündnisses sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite gefährden⁴⁸.

Im Mitte-Rechts-Lager befürwortet Forza Italia (FI) eine fortgeschrittene militärische Integration und das Projekt einer echten europäischen Armee. Sie unterstützt den Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsplan der Europäischen Union voll und ganz. Fratelli d'Italia (FdI) befürwortet einerseits die industrielle und strategische Stärkung der europäischen Verteidigung. Andererseits bevorzugt sie jedoch einen Ansatz, der die nationale Souveränität und die enge Synergie mit der NATO in den Vordergrund stellt. Sie steht einer Abgabe von Souveränität im militärischen Bereich weiterhin zurückhaltend gegenüber. Auch die Lega teilt einen „souveränistischen“ Ansatz, spricht sich gegen eine Integration aus, die militärische Entscheidungen in Brüssel zentralisiert, und äußert Skepsis gegenüber Plänen für eine gemeinsame Aufrüstung. Wie FdI konzentriert sie sich auf die Verteidigung der nationalen Grenzen und die zentrale Rolle der einzelnen Staaten⁴⁹. Rechts von der aktuellen Regierungskoalition lehnt Roberto Vannacci (FN) die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee und eine zentralisierte Verteidigung entschieden ab. Er befürwortet stattdessen die Stärkung der nationalen Souveränität und der Rüstungsindustrien der einzelnen Mitgliedstaaten.

Auch im Mitte-Links-Lager gibt es Meinungsverschiedenheiten: Die PD befürwortet eine integrierte gemeinsame Verteidigung, um Europa mehr geopolitisches Gewicht zu verleihen. Es gibt jedoch interne Debatten über die Finanzierungsmodalitäten und den Übergang von der nationalen zur europäischen Aufrüstung. Die M5S behält ihre historisch skeptische oder ablehnende Haltung gegenüber jeglicher Logik der Aufrüstung und Militarisierung bei und setzt sich für den diplomatischen Weg und die friedliche Lösung von Konflikten ein. Auch die AVS lehnt eine Erhöhung der Militärausgaben sowie die Schaffung eines supranationalen Militärapparats ab, da sie die Folgen der Aufrüstungspläne für den sozialen und wirtschaftlichen Haushalt des Landes sowie für die Verfassungsgrundsätze befürchtet. Die zentristische Partei Azione hält die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Verteidigung und einer integrierten Armee für unverzichtbar. Sie ist der Ansicht, dass es keine echte politische Union ohne gemeinsame militärische Souveränität geben kann. Aus diesem Grund sei es notwendig, die derzeitige Zersplitterung der nationalen Investitionen zu überwinden und eine wirklich einheitliche Rüstungsindustrie zu schaffen. +Europa geht in die gleiche Richtung und spricht sich nachdrücklich für die Schaffung einer gemeinsamen Verteidigung und einer integrierten europäischen Armee aus – nicht als

⁴⁶ Anna Giordano, Italien fühlt sich in Migrationskurs bestärkt, tagesschau.de, 3.6.2026, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/italien-meloni-abschiebezentrum-100.html>

⁴⁷ Streit um Italiens leere Abschiebezentren in Albanien, rainews.it, 25.1.2026, <https://www.rainews.it/tgr/tagesschau/articoli/2026/01/streit-um-italiens-leere-abschiebezentren-in-albanien-909a7a62-a0ef-460e-92d0-82e57bf1b05a.html>

⁴⁸ I partiti non hanno una posizione chiara sulla difesa comune europea, Politisches Zeugnis, 21.2.2025, <https://pagellapolitica.it/articoli/posizioni-partiti-esercito-comune-europeo>

⁴⁹ Federico Ughi, Esercito europeo e armi all'Ucraina: le posizioni dei partiti italiani, Affari Italiani, 5.3.2025, <https://www.affaritaliani.it/politica/esercito-europeo-armi-ucraina-posizioni-partiti-italiani-959376.html>

Alternative zur NATO, sondern als deren notwendige Weiterentwicklung, um die strategische Autonomie der Union zu gewährleisten.⁵⁰

In Bezug auf die Europäische Außenpolitik besteht in Italien keine Einigkeit darüber, wie die Europäische Union sie gestalten sollte. Die wichtigsten Parteien lassen sich in drei Denkrichtungen einteilen: souveränistisch, föderalistisch/europäisch und pazifistisch.

Auf der rechten Seite vertreten Fdi und Lega eine Außenpolitik, die auf der Verteidigung nationaler Interessen innerhalb eines konföderalen Europas basiert. Beide Parteien konzentrieren sich auf die Verteidigung der Souveränität der Mitgliedstaaten, wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten: Fdi pflegt eine enge Verbindung zur NATO und fördert Modelle der Zusammenarbeit mit Afrika, wie den Mattei-Plan. Die Lega vertritt hingegen eher euroskeptische Positionen und spricht sich oft gegen eine Zentralisierung der Macht in Brüssel aus. Der FN strebt eine europäische Außenpolitik an, die auf nationaler Souveränität und Intergouvernementalismus basiert. Er lehnt die Übertragung weiterer Befugnisse an die Brüsseler Institutionen ab und fördert stattdessen ein Europa als Konföderation souveräner Staaten.

Demgegenüber befürworten die PD und die FI (die zwar gemeinsam mit Fdi und der Lega regieren) sowie die Parteien der Mitte (Azione und IV) eine starke europäische Integration. Sie drängen auf die Verwirklichung einer einheitlichen Außenpolitik, die es der EU ermöglichen würde, als globale diplomatische Supermacht zu agieren und dabei die transatlantische Achse sowie den Multilateralismus zu wahren. M5S und AVS hingegen plädieren für eine ausgesprochen pazifistische Linie und eine streng diplomatische Rolle der EU. Darüber hinaus sollte die Erhöhung der Militärausgaben gestoppt und militärische Hilfe an Verhandlungslösungen in Konflikten (wie in der Ukraine) geknüpft werden. Zudem sollte eine Politik der Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert werden.

4 Ausblick: Ideologische Achsen oder Interessenskoalitionen – Wie könnte sich die EU-Politik unter den Mitgliedstaaten nach 2027 neu ausrichten?

Die Europäische Union steht vor einem entscheidenden Jahr, das die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Rat erheblich ändern könnte. Auf welche Änderungen sollten Akteure vorbereitet sein?

4.1 Szenario A: Das Jahr der Populisten?

Die Möglichkeit eines Wahlsieges des Rassemblement National in Frankreich, gefolgt von der Wiederwahl von Giorgia Melonis Koalition in Italien ist womöglich jenes Szenario, auf das sich politische Kommentare bislang am meisten konzentriert haben. Dies verwundert nicht, handelt es sich doch hierbei um das wahrscheinlich disruptivste Szenario.

Für die anderen EU-Mitgliedstaaten, Deutschland inklusive, stellt sich die Frage, ob unter diesen Voraussetzungen mit einer neuen „Achse Paris-Rom“ zu rechnen wäre, ggf. verstärkt durch Wahlsieg der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) in Polen und einer möglicherweise von Vox abhängigen Regierung der Partido Popular in Spanien.

⁵⁰ Id.

In der Tat erscheint es, dass in einigen Politikbereichen in einem solchen Szenario mit größeren Verschiebungen zu rechnen sein könnte. Das Thema der Migrationspolitik, welches sowohl für Meloni als auch für Bardella und Le Pen eine Frage von höchster Bedeutung ist, drängt sich hier auf.

Auch in den Bereichen der Wirtschafts- und Energiepolitik, die angesichts steigender Lebenshaltungskosten ein sehr wichtiges Feld für die Kräfte rechts der Mitte beider Länder darstellen, gibt es Überschneidungen. Die Forderungen des RN nach einer Lockerung von Umweltstandards würden in Rom sicherlich Unterstützung finden. Allerdings fallen die migrationspolitischen Forderungen des RN zu einem größten Teil in zwei Kategorien: Erstens Schritte, die auch nach geltendem Recht ohne Koordination mit anderen Mitgliedstaaten umzusetzen wären (Staatsbürgerrechtsreform, Grenzkontrollen an Frankreichs EU-Grenzen nach deutschem Vorbild, Aufbau eines „Returnhubs“ außerhalb der EU) sowie zweitens Schritte, die auch mit den besten politischen Mehrheiten europarechtlich nicht durchzusetzen sind (Vorrang für französische Staatsbürger bei Sozialleistungen). Der Ausgang der italienischen Parlamentswahl ist daher zumindest in den ersten Schritten für die französische Migrationspolitik aktuell nicht so entscheidend.

In anderen Bereichen könnte diese Zusammenarbeit jedoch auch ihre Grenzen finden. Insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik zeigen sich zwischen Paris und Rom je nach Gebiet und Region Überschneidungen und Unterschiede, die auch durch Amtsinhaber ähnlich ausgerichteter politischer Kräfte nicht so einfach verschwinden würden. Die verschiedenen Positionen Italiens und Frankreichs hinsichtlich des Libyschen Bürgerkrieges bis 2020 sind ein Beispiel aus dem letzten Jahrzehnt dafür, wie verschiedene Interessen von Paris und Rom sich in unterschiedlicher Politik niederschlagen. Auch heute finden sich Bereiche, in denen es zu ähnlichen Gegensätzen kommen könnte. Das Vorhaben des RN, den bestehenden Französisch-Algerischen Staatsvertrag samt der dadurch gewährten Freizügigkeit aufzukündigen, wird Gegenreaktionen in Algerien hervorrufen. Aufgrund der Tatsache, dass Italien den auf Gasimport aus Algerien ausbauen möchte (der bereits heute mehr als 30 Prozent der italienischen Importe ausmacht), könnte ein konfrontativer Kurs gegenüber Algiers nicht im italienischen Interesse sein.

Bezüglich der transatlantischen Partnerschaft haben sich die Ansichten der rechten Lager Frankreichs und Italiens seit dem Beginn des Iran-Krieges jedoch angeglichen: Wie Bardella und Le Pen gingen auch Meloni und ihre Regierung auf Distanz gegenüber der Trump-Administration. Auch Matteo Salvini deutete Kritik an Trump an, was angesichts seiner vorherigen Äußerungen über den amerikanischen Präsidenten überrascht. Hinsichtlich Russlands und der Ukraine stehen die beiden Lager einander näher als z.B. der AfD in Deutschland, wenngleich der RN die dezidiert pro-ukrainische Ausrichtung Melonis und auch Außenminister Antonio Tajanis nicht teilt.

In Fragen der Verteidigungspolitik und der Verteidigungshaushaltspolitik müsste sich zeigen, inwiefern eine RN-Regierung und eine von Meloni weitergeführte Koalition ähnliche Ansichten vertreten würden. Die souveränistischen Ansichten des RN, der die EU aus möglichst vielen Aspekten der Sicherheitspolitik heraushalten möchte, sind zwar prinzipiell auch rechts der Mitte in Italien anschlussfähig. Für Italien ist jedoch die Finanzierung von Verteidigungsausgaben über EU-Wege angesichts der haushaltspolitischen Herausforderungen für alle Seiten des politischen Spektrums eine attraktive Option, sodass Rom auch in Zukunft Brüssel eine Rolle in der Verteidigungspolitik zugestehen wollen könnte. Die Reduzierung von Italiens Inanspruchnahme von SAFE-Krediten für Verteidigungsausgaben um zwei Drittel von 15 Milliarden auf 5 Milliarden Euro unterstreicht, über wie wenig Handlungsspielraum

Italien verfügt.⁵¹ Forderungen nach einer direkten Finanzierung von Verteidigungsausgaben über EU-Mittel (anstelle von zurückzahlenden Krediten an die Mitgliedstaaten wie bei SAFE), wie sie auch von der italienischen Opposition zu hören sind, könnten in Zukunft also lauter werden.

4.2 Szenario B: Das Kontinuitäts-Szenario

Ein Sieg des Kandidaten des gemäßigten Blocks in Frankreich und eine Bestätigung der Mitte-Rechts-Koalition in Italien würden vermuten lassen, dass sich die Beziehungen zwischen Paris und Rom im Vergleich zur aktuellen Situation nicht wesentlich verändern würden. Tatsächlich könnten jedoch neue Entwicklungen das Klima der italienisch-französischen Beziehungen verändern, selbst wenn es eine scheinbare Kontinuität zwischen der aktuellen politischen Lage und dem möglichen Szenario nach den Wahlen im Jahr 2027 gäbe.

Die größte Unbekannte ist, wie bereits erwähnt, die Zusammensetzung der Koalition: Eine Beteiligung des FN würde eine Verschiebung der gesamten Regierung hin zu sehr radikalen, identitären, ultranationalistischen und euroskeptischen Positionen mit sich bringen. Dies würde den moderat EU-freundlichen Kurs ändern, den Meloni seit 2022 verfolgt. Dies würde wahrscheinlich zu einer Verhärtung der Fronten gegenüber einem von der Mitte geführten Frankreich führen. Diese könnte jedoch gemildert werden, wenn die rechte Koalition auf die Stimmen der Vannacci-Partei verzichten könnte.

Konkret könnten Frankreich und Italien beispielsweise bei den Handelsabkommen der EU mit Ländern außerhalb Europas, wie dem Mercosur-Abkommen, eine ähnliche Position einnehmen, insbesondere wenn es um landwirtschaftliche Erzeugnisse geht.⁵² Die Landwirtschaft ist sowohl für Frankreich als auch für Italien ein grundlegender Wirtschaftssektor und die Unterstützung durch den Agrarsektor ist für die Wähler sehr wichtig, insbesondere für die italienische Rechte, die ihn in den letzten Jahren stets unterstützt hat.⁵³ Es ist daher wahrscheinlich, dass Paris und Rom, die in der Lage sind, in diesen Fragen eine Sperrminorität in Brüssel um sich zu scharen, Widerstand gegen die vollständige Umsetzung des EU-Mercosur-Freihandelsabkommens leisten könnten, ebenso wie gegen den Abschluss ähnlicher Abkommen mit anderen Nicht-EU-Ländern in der Zukunft.

Ein weiterer Bereich, in dem Konvergenzen zu erwarten sind, ist der der Verteidigung und der Weltraumaktivitäten. Frankreich und Italien arbeiten nämlich seit langem strategisch und industriell im Bereich der stark integrierten Verteidigung zusammen. Diese Zusammenarbeit ist durch den Quirinal-Vertrag über eine verstärkte bilaterale Zusammenarbeit (2021) definiert.⁵⁴ Die beiden Länder arbeiten bei Luft- und Raumfahrtprogrammen, terrestrischen und maritimen Systemen sowie bei Sicherheitsinitiativen und Satellitentechnologien zusammen. Eine Bestätigung der Zentrumsparteien in Paris und Rom würde es ermöglichen, diesen Weg auch nach 2027 fortzusetzen.

⁵¹ Pietro Guastamacchia, 'Commission says second SAFE round possible if Italy cuts loan request', 01. Juni 2026; <https://www.euractiv.com/news/commission-says-second-safe-round-possible-if-italy-cuts-loan-request/>.

⁵² Mercosur: Italien für einen raschen Abschluss, Frankreich strikt dagegen, rai.it, 17.12.2025, <https://www.rainews.it/tgr/tagesschau/articoli/2025/12/mercosur-italien-gegen-raschen-abschluss-frankreich-ganz-dagegen--bd69e80f-54a3-42b9-aac5-5d72f9ade277.html>

⁵³ Giorgio dell'Orefice, Lollobrigida: more than 15 billion to agriculture from the Meloni government, ilsole24ore, 21.5.2026, <https://en.ilsole24ore.com/art/lollobrigida-meloni-government-over-15-billion-to-agriculture-AIcl6kCD>

⁵⁴ Davide Basso, Paul Messad, Frankreich wird auch unter Meloni weiterhin eng mit Italien zusammenarbeiten, euractiv.com, 27.9.2022, <https://euractiv.com/de/interview/frankreich-wird-auch-unter-meloni-weiter-eng-mit-italien-zusammenarbeiten/>

Ähnlich verhält es sich mit den eingefrorenen russischen Vermögenswerten, die zur Finanzierung der Hilfe für die Ukraine verwendet werden sollen. Sowohl Macron als auch Meloni haben Bedenken geäußert, da sie mögliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Unternehmen beider Länder sowie rechtliche Konsequenzen befürchten. Während Meloni es stets ausgeschlossen hat, Truppen in die Ukraine zu entsenden, um einen möglichen Waffenstillstand zu gewährleisten – wie von Macron vorgeschlagen – könnte Frankreich unter anderen auch die von Italien vorgeschlagene andere Option evaluieren: die auf Artikel 5 der NATO basierenden Garantien auf die Ukraine auszuweiten. Jedenfalls hat Macron jüngst ausdrücklich bekräftigt, dass Frankreich an der mit dem britischen Premierminister Starmer getroffenen Vereinbarung über die gemeinsame Entsendung von Truppen in die Ukraine festhalten will.⁵⁵ Gleichzeitig liefern Frankreich und Italien der Ukraine die gemeinsam vom Konsortium Eurosam hergestellten Samp/T-Flugabwehrsysteme und füllen damit zumindest teilweise die Lücke, die die amerikanischen Patriot-Raketen hinterlassen haben.⁵⁶

Probleme könnten hingegen im Bereich der internationalen Beziehungen auftreten. Es ist bekannt, dass Giorgia Meloni versucht hat, sich als bevorzugte Verbündete von Donald Trump in Europa zu präsentieren, um sich als Vermittlerin zwischen dem US-Präsidenten und der EU zu profilieren. Auch wenn Trumps Lobeshymnen auf die italienische Ministerpräsidentin zuletzt nachgelassen haben, ist es durchaus vorstellbar, dass Meloni versuchen wird, die Beziehungen zu Washington wiederzubeleben, sollte ihre Koalition 2027 die Wahl gewinnen. Vor allem, seitdem Donald Trump damit begonnen hat, mit dem Kauf Grönlands zu drohen, gehört Macron zu den europäischen Staats- und Regierungschefs, die Trump am kritischsten gegenüberstehen. Er ging sogar so weit, die EU zu außergewöhnlichen wirtschaftlichen Vergeltungsmaßnahmen gegen die Vereinigten Staaten aufzufordern und Trump als politischen Tyrannen zu bezeichnen⁵⁷. In dieser Hinsicht scheinen die französischen Mitte-Politiker nicht weit von Macron entfernt zu sein⁵⁸. Daher ist es möglich, dass die Beziehungen Frankreichs und Italiens zu Washington nach 2027 distanziert bleiben, falls „Socle Commun“ in Paris und Meloni in Rom gewinnen sollten.

4.3 Szenario C: Rochade in Paris und Rom

Die Kombination aus dem sogenannten Campo Largo in Italien und dem RN in Frankreich würde sicherlich zu einer deutlichen Entfremdung zwischen den Regierungen der beiden Länder führen. In den meisten Dossiers von europäischem Interesse würden die beiden Regierungen nämlich sehr unterschiedliche Richtungen einschlagen. Dies ist in erster Linie auf das unterschiedliche Verhältnis zur EU zurückzuführen: Der RN würde eine sehr nationalistische Strategie verfolgen, die darauf abzielt, den direkten Einfluss Brüssels auf die nationale Politik zu verringern⁵⁹. Die italienische Koalition unter der Führung von Elly Schlein, die bereits von 2014 bis 2019 Europaabgeordnete war, würde hingegen einen

⁵⁵ Tetyana Vysotska, ‚Macron announces Coalition of the Willing meeting during Bastille Day celebrations and talks with Zelenskyy‘, European Pravda, 05.06.2026; <https://www.eurointegration.com.ua/eng/news/2026/06/5/7239091/>.

⁵⁶ Stefano Montefiori, I rapporti altalenanti tra Italia e Francia: dopo numerose divergenze, ora si trovano alleate sul Mercosur e asset russi, Corriere della Sera, 18.12.2025, https://www.corriere.it/economia/finanza/25_dicembre_18/italia-francia-mercosur-asset-russi-9e2b02a0-9add-4a88-9070-eb992e5cfxk.shtml?refresh_ce

⁵⁷ Andreas Noll, ‚Mein Freund‘: Macrons schwieriges Verhältnis zu Trump, 21.1.2026, Deutsche Welle, <https://www.dw.com/de/macrons-schwieriges-verh%C3%A4ltnis-zu-trump-usa-groenland-europa-nato-davos-wef-frankreich/a-75585153>

⁵⁸ Pour Edouard Philippe, le retour de Donald Trump "est la victoire de l'ambition impériale", bfmtv, 26.1.2025, https://www.bfmtv.com/politique/pour-edouard-philippe-le-retour-de-donald-trump-est-la-victoire-de-l-ambition-imp%C3%A9riale_VN-202501260281.html

⁵⁹ Elias Ricken, Die Außen- und Sicherheitspolitik des Rassemblement National, DGAP Memo, 11.3.2026, <https://dgap.org/de/forschung/publikationen/die-aussen-und-sicherheitspolitik-des-rassemblement-national>

stark pro-europäischen Ansatz verfolgen und sich für die Stärkung des Integrationsprozesses der Union einsetzen.

Daher wären die Möglichkeiten einer effektiven Zusammenarbeit, beispielsweise in den Bereichen europäische Verteidigung, Energiepolitik oder gemeinsame Außenpolitik, sehr begrenzt. Höchstens könnten spezifische Bereiche der Zusammenarbeit in der gemeinsamen Verteidigung und Außenpolitik der EU identifiziert werden, allerdings erst, nachdem Bardella und Le Pen ausreichende Zusicherungen hinsichtlich des Schutzes der französischen nationalen Interessen erhalten hätten. Schlein hingegen strebt eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den größten Mitgliedstaaten sowohl im Verteidigungsbereich als auch in den internationalen Beziehungen der Union an.⁶⁰

Auch im Energiebereich gibt es kaum Möglichkeiten für eine Einigung: Der RN befürwortet die Kernenergie und strebt einen Ausbau der Atomkraftwerke an, um die von ihnen erzeugte Energie auch in alternativen Wirtschaftsbereichen zu nutzen.⁶¹ Die italienische Mitte-Links-Koalition setzt hingegen stark auf erneuerbare Energien und würde im Falle eines Wahlsiegs sicherlich darauf hinwirken, deren Verbreitung auf europäischer Ebene zu fördern. Damit könnte die Abhängigkeit der EU von russischem Gas und fossilen Brennstoffen im Allgemeinen verringert werden.⁶²

Ein weiterer Bereich, in dem die beiden Regierungen wahrscheinlich diametral entgegengesetzte Standpunkte vertreten, ist die Migrationspolitik: Der RN fordert seit langem eine drastische Reduzierung der Einwanderung und eine systematische Ausweitung der Ausweisungen von Ausländern. Aus Gründen des politischen Images vermeidet die Partei allerdings sorgfältig die Verwendung des Begriffs „Remigration“.⁶³ Die italienische Mitte-Links-Koalition vertritt hingegen die Ansicht – wenn auch mit Unterschieden zwischen den verschiedenen Parteien, aus denen sie besteht –, dass die Migrationspolitik stets die Achtung der Menschenrechte in den Mittelpunkt stellen sollte, das Aufnahmesystem verbessert werden müsse, um eine effektive Integration von Asylbewerbern zu fördern, und der Beitrag von Arbeitsmigranten zur Wirtschaft der europäischen Länder unverzichtbar sei, insbesondere in Ländern mit einer sehr niedrigen Geburtenrate wie Italien⁶⁴. Die scharfe Kritik von Schlein und Conte am sogenannten „Albanien-Modell“ von Meloni und an den jüngsten Tendenzen zur Verlagerung der durch den neuen Europäischen Migrationspakt geregelten Asylverfahren nach außerhalb der EU verdeutlicht, wie groß die Kluft zwischen Paris und Rom in der Migrationsfrage im Falle eines Sieges von RN und Campo Largo werden könnte.

4.4 Szenario D: Sieg des Socle Commun und Campo Largo

Auf den ersten Blick handelt es sich bei dem Szenario einer Wahl eines Socle-Commun-Kandidaten in Frankreich und eines Wahlsieges des Campo Largo in Italien um die aus europäischer Sicht unkomplizierteste Variante. In diesem Fall würden sowohl in Paris und Rom pro-europäische Kräfte die

⁶⁰ Schlein: „Wir brauchen eine gemeinsame europäische Verteidigung, und das ist etwas ganz anderes als ein Wettrüsten.“, Nova News, 15.3.2026, <https://www.agenzianova.com/de/news/Schlein%3A-Wir-brauchen-eine-gemeinsame-europ%C3%A4ische-Verteidigung--und-das-ist-etwas-ganz-anderes-als-ein-Wettr%C3%BCsten/>

⁶¹ Thom Derks, Französische Partei RN möchte Kernenergie für Bitcoin-Mining nutzen, Newsbit, 4.8.2025, <https://newsbit.de/franzoesische-partei-rn-moechte-kernenergie-fuer-bitcoin-mining-nutzen/>

⁶² Schlein: „Nein zu russischem Gas, wir müssen auf erneuerbare Energien setzen.“, Nova News, 21.4.2026, <https://www.agenzianova.com/de/news/Schlein-lehnt-russisches-Gas-ab-und-setzt-auf-erneuerbare-Energien/>

⁶³ Clara Bauer-Babef, Far-right leader Bardella unveils immigration programme ahead of snap elections, euractiv, 25.6.2024, <https://www.euractiv.com/news/far-right-leader-bardella-unveils-immigration-program-ahead-of-snap-elections/>

⁶⁴ Matthias Rüb, Italiens Oppositionschefin wirft Meloni Krieg gegen NGOs vor, faz.de, 24.8.2023, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/italien-opposition-wirft-meloni-krieg-gegen-ngos-und-seenotrettung-vor-19125044.html>

Regierungsgeschicke leiten. Insofern könnte man annehmen, dass die neuen Regierungen in den beiden Hauptstädten an den Geist des Quirinal-Vertrages anknüpfen, der 2021 von Emmanuel Macron und Mario Draghi unterzeichnet und als Ergänzung des Élysee-Vertrages gesehen wurde.

Je nachdem, ob ein solcher Wahlausgang auch von entsprechenden Wahlergebnissen andernorts begleitet sein sollte sowie dem Zustand der Bundesregierung am Ende des Jahres 2027, könnte dieses Szenario zu neuer Reformkraft auf EU-Ebene führen. Die EU hätte in diesem Fall ein Zeitfenster von etwas mehr als einem Jahr vor den nächsten Bundestagswahlen, um größere europapolitische Baustellen anzugehen. Doch ist es so einfach?

Auf den zweiten Blick birgt auch diese Variante Ungewissheiten. In Frankreich ist damit zu rechnen, dass der Socle Commun nur mit Schwierigkeiten (wenn überhaupt) eine parlamentarische Mehrheit erreichen könnte. Und in Italien bestünde eine Campo-Largo-Koalition aus einer hohen Anzahl verschiedener Akteure mit teilweise erheblich divergierenden Ansichten und Prioritäten. Beide Staaten müssten unter diesen schwierigen Voraussetzungen ihre erheblichen Haushaltsprobleme in den Griff bekommen: Eine große Herausforderung für beide Parlamente und Regierungen angesichts der aktuellen Zahlen von etwa 115,6 Prozent (Frankreich) und 137,1 Prozent (Italien).⁶⁵ Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Sieg von Socle Commun und Campo Largo daher große Möglichkeiten für Reformen auf EU-Ebene schaffen würde, muss daher mit einem Fragezeichen versehen werden. Die Haushaltsprobleme der beiden Länder könnten jedoch auf der anderen Seite in der Frage der EU-Haushaltspolitik zu einem gemeinsamen Einstehen für die Aufnahme neuer Schulden auf EU-Ebene führen: Ein erklärtes Ziel der PD-Vorsitzenden Elly Schlein. Zwar entspricht dies der Position der aktuellen französischen Regierung und einiger Socle-Commun-Vertreter wie Glucksmann. Von Philippe und auch Retailleau sind jedoch eher Aufrufe zur Haushaltsdisziplin sowohl auf nationaler und EU-Ebene zu hören.

Insgesamt sollte betont werden, dass es sich bei Socle Commun und Campo Largo keinesfalls um identische Bündnisse handelt. Während der Socle Commun die linke Partei La France Insoumise (und die weniger zahlenstarke Kommunistische Partei) ausschließt, ist der italienische Campo Largo nach links offener. Der Socle Commun wiederum schließt auch die konservative LR ein, während Italiens konservative Kräfte (in Form von Forza Italia) gemeinsam mit Meloni regieren. Die politische Agenda eines Präsidenten Philippe und einer Ministerpräsidentin Schlein würden sich daher nicht notwendigerweise stets überschneiden. Sowohl Philippe als auch Retailleau haben in der Migrationspolitik ihr Profil geschärft, von Unterstützung für die Einigung zwischen Rat und Parlament bezüglich der Verschärfung von Abschiebemaßnahmen und der Einführung sogenannter „Return Hubs“ bis hin zur Forderung der Kündigung des Französisch-Algerischen Vertrages von 1968: Eine Position, die derjenigen der aktuellen italienischen Regierung näherkommt als den Vorstellungen der italienischen Opposition.

Mit Blick auf die Außen- und Sicherheitspolitik bietet sich auch ein komplizierteres Bild. Während in anderen Mitgliedstaaten die Kräfte der „Mitte“ im Vergleich mit populistischen Parteien meist zur Befürwortung erhöhter Verteidigungsausgaben tendieren, zeigt sich in Italien ein etwas anderes Bild. Während Premierministerin Meloni für Unterstützung der Ukraine bekannt ist, fällt die Position Elly Schleins beizeiten durch Ambivalenz und Kritik an Verteidigungsausgaben auf. Jüngst sorgte der Parteiaustritt von Pina Picierno (und Übertritt zu Italia Viva) für Aufsehen: Ein Schritt, den die Vizepäsidentin des Europaparlamentes mit der zurückhaltenden Positionierung der PD hinsichtlich Russlands und der Ukraine begründete. Mit Blick auf den wachsenden Verteidigungshaushalt (den die Politikerin

⁶⁵ Trading Economics, 'France Government Debt to GDP'; <https://tradingeconomics.com/france/government-debt-to-gdp>

skeptisch sieht) hat sich Schlein schon vor Jahren dafür ausgesprochen, dass steigende Kosten auf EU-Ebene getragen werden sollten. Was bei Schlein ambivalent klingt, ist bei dem Parteivorsitzenden der Fünfsterne-Bewegung Giuseppe Conte noch ausgeprägter: Die Skepsis hinsichtlich der Unterstützung der Ukraine und einer europäisch bzw. transatlantisch geprägten Sicherheitspolitik ist hier noch sehr viel stärker. Die Deutlichkeit, mit der französische Politiker des Socle Commun zu diesen Themen Stellung beziehen, sticht dabei im Vergleich ins Auge. Auch bei diesem Thema zeigt sich, dass sich die Spaltung der französischen und italienischen Parteiensysteme in moderate und populistische Kräfte an anderen Achsen ausgerichtet und herauskristallisiert hat.

Bei allen Herausforderungen, die sich aus den zu erwartenden unklaren Mehrheitsverhältnissen und der schlechten Haushaltslage Frankreichs und Italiens ergeben: An der grundsätzlich wohlwollenden Haltung des Socle Commun und des Campo Largo (abzüglich der Fünfsterne-Bewegung) gegenüber der EU sollte trotzdem nicht gezweifelt werden. In der Tat fällt mit Blick auf Frankreich auf, dass das Bekenntnis zur EU (wie die Ablehnung der EU) im Vergleich mit Deutschland deutlicher ausfällt und eine große symbolische Bedeutung hat. Bei der Rede Gabriel Attals zur Ankündigung seiner Präsidentschaftskandidatur am 1. Juni 2026 fällt die Relevanz der EU in der Bildsprache ins Auge. An dem grundsätzlichen Willen zur Arbeit für die Zukunft Europas besteht daher im Falle der beiden Lager kein Grund zum Zweifel.

5 Fazit

Europa steht 2027 vor großen Veränderungen durch Wahlen in vier von fünf seiner größten Mitgliedstaaten. Die französische Präsidentschaftswahl, die möglicherweise zu einem Sieg eines Kandidaten des Rassemblement National führen könnte, gehört damit zu einem Ereignis, das besondere Aufmerksamkeit verdient. Ähnliches gilt für die italienischen Parlamentswahlen, die über das weitere politische Schicksal von Premierministerin Giorgia Meloni entscheiden.

Die Auswirkungen für die Europäische Union und die Bundesrepublik könnten erheblich sein. Dies nicht nur aufgrund der möglichen Wahlergebnisse, sondern auch von der oben skizzierten fragmentierten politischen Landschaft in beiden Mitgliedstaaten sowie den erheblichen haushaltspolitischen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund beinhalten auch Szenarien, die einen Kontext für eine leichtere Übereinstimmung der Absichten zwischen Frankreich und Italien in Aussicht stellen (wie der Sieg eines Kandidaten des „Socle Commun“ in Frankreich und ein Wahlsieg des „Campo Largo“ in Italien), erhebliche politische Herausforderungen. Auch in dem Falle eines Wahlsieges des rechtspopulistischen Lagers in nur einem der beiden analysierten Ländern sollte Europa auf politische Instabilität vorbereitet sein: Die Meloni-Koalition könnte sich durch eine Aufnahme des Futuro Nazionale von Roberto Vanacci nach rechts verschieben. Auch eine mit einer Regierung des „Campo Largo“ konfrontierten Rassemblement National in Frankreich würde die politische Achse Europas verändern. In der Tat erscheint das Szenario einer Rochade der gemäßigten und populistischen Lager in Paris und Rom das disruptivere der beiden mittleren Szenarien: Das italienische Campo Largo beinhaltet unter anderem auch die moderat euroskeptische Fünf-Sterne-Bewegung. Auch ist das europapolitische Programm von Elly Schleins Partito Democratico (z.B. in haushalts- und fiskalpolitischen Fragen) deutlich weiter entfernt von der Europapolitik der Bundesregierung als die aktuelle französische Regierung unter Sébastien Lecornu und Präsident Emmanuel Macron.

Wie sich ein Europa mit populistischen Regierungen in Paris und Rom entwickeln wird, hängt nicht zuletzt auch von den Wahlergebnissen andernorts ab. Sollte die Partei Recht und Gerechtigkeit in

Polen reüssieren und in Spanien eine von Vox abhängige Partido Popular an die Regierung kommen, könnte es in der EU zu weitergehenden Veränderungen kommen. Auch die deutsche Bundesregierung könnte nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern (als auch in Berlin) in ihrer Stabilität erschüttert werden. Trotzdem sollte bei diesem Szenario bedacht werden, dass der Durchmarsch ultrakonservativer Kräfte in Europa auch Grenzen gesetzt sind. Das französische parlamentarische Mehrheitswahlrecht stellt es für den RN sehr schwierig dar, aus eigenen Stücken eine Mehrheit zu erlangen: Die Kommunalwahlen haben im März 2026 gezeigt, dass die Wähler Frankreichs weiterhin zu taktischem Wahlverhalten geneigt sind. Es ist daher eher wahrscheinlich, dass Marine Le Pen oder Jordan Bardella im Falle eines Wahlsieges mit einer „cohabitation“ Vorlieb nehmen müssten als mit einer auf eine eigene Regierung gestützte Mehrheit. Auch in Italien wird es für Meloni wichtig bleiben, konservative Koalitionspartner weiterhin von ihrem politischen Projekt zu überzeugen. Außerdem sollte das Augenmerk auf außenpolitische Interessenskonflikte zwischen Paris und Rom gerichtet werden, die auch im Falle populistischer Wahlsiege nicht verschwinden würden. In jedem Falle steht fest: Das europäische Superwahljahr 2027 sollte die europäische Politik für die darauffolgenden Jahre neu definieren.

6 Appendix 1: Wahlkreisanalyse Frankreich im Falle des Auseinanderfallens der „Nouveau Front Populaire“

Tabelle 2: Wahlkreisanalyse Frankreich im Falle des Auseinanderbrechens der „Nouveau Front Populaire“

RN-anfällige Wahlkreise in Händen des LFI	RN-anfällige Wahlkreise in Händen der PS	Wahlkreise in Händen des LFI mit RN-Chancen bei sehr gutem Wahlergebnis*	Wahlkreise in Händen der PS mit RN-Chancen bei sehr gutem Wahlergebnis*
2 l'Aveyron	1 Ardèche	2 Somme	3 Charente-Maritime
1 Vaucluse	11 Bouches-du-Rhône	4 Sarthe	1 Côte-d'or
8 Hérault	2 Bouches-du-Rhône	4 Côtes d'Armor	3 Côte-d'or
2 Tarn	1 Drôme	1 Haute-Vienne	6 Finistère
2 Gironde	4 Eure	1 Charente	6 Gironde
5 Réunion	5 Gironde	1 Seine-et-Marne	1 Hautes-Alpes
7 Seine-et-Marne	8 Haute-Garonne	9 Isère	2 Hautes-Alpes
	Losère	4 Seine-et-Marne	2 Hautes-Pyrénées
	5 Meurthe-et-Moselle	1 Hautes-Pyrenees	3 Hérault
	3 Nord	3 Haute Vienne	4 Indre-et-Loire
	2 Puy de Dôme		9 Seine-et-Marne
	5 Seine-Maritime		2 Val-d'Oise
			9 Yvelines
			6 Pyrénées-Atlantiques
			7 Yvelines

*Wahlkreise mit möglichen anderen Gewinnern außer LFI, PS und RN

7 Appendix 2: Mitte-Rechts und Mitte-Links Koalitionen in verschiedenen Konstellationen

Tabelle 3: Umfragen zu den Ergebnissen der italienischen Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Koalitionen in verschiedenen Konstellationen

Koalition	Prozent*
Melonis Rechtskoalition – Mit Vannaccis Futuro Nazionale	47,1
Campo Largo – Ohne Calendas Azione	45,1
Azione	4,3
Andere	3,5
Meloni Rechtskoalition – Ohne Vannaccis Futuro Nazionale	42,6
Campo Largo	45
Futuro Nazionale	5,2
Azione	3,9
Andere	3,3

* Stand: 8. Juni 2026

**Autoren:**

Dr. Marius Strubenhoff, Policy Analyst, Centre Politique Européenne

strubenhoff@cep.eu

Prof. Dr. Andrea De Petris, Wissenschaftlicher Direktor, Centro Politiche Europee

depetris@cep.eu

Centrum für Europäische Politik FREIBURG | BERLIN

Kaiser-Joseph-Straße 266 | D-79098 Freiburg

Schiffbauerdamm 40 Raum 4205 | D-10117 Berlin

Tel. + 49 761 38693-0

Das **Centrum für Europäische Politik** FREIBURG | BERLIN, das **Centre de Politique Européenne** PARIS, und das **Centro Politiche Europee** ROMA bilden das **Centres for European Policy Network** FREIBURG | BERLIN | PARIS | ROMA.

Das gemeinnützige Centrum für Europäische Politik analysiert und bewertet die Politik der Europäischen Union unabhängig von Partikular- und parteipolitischen Interessen in grundsätzlich integrationsfreundlicher Ausrichtung und auf Basis der ordnungspolitischen Grundsätze einer freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung.